BAYERNKURIER

Deutsche Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur

Wirtschaft: Der Aufstand der Wirte gegen die Bürokratie Seiten 8, 9

Blickpunkt: Die absurde Debatte um einen Völkermord Seite 2

Kultur: Das KZ überlebt – eine Ausstellung Seite 15

Nr. 17 | Jahrgang 66 | 25. April 2015 www.bayernkurier.de Preis 1,70 €

Union kritisiert Verfassungsgericht

Berlin – Namhafte Abgeordnete von CDU und CSU haben das Bundesverfassungsgericht kritisiert. Die Karlsruher Richter hätten sich in den vergangenen Jahren immer mehr „Gestaltungsanspruch in hochpolitischen Fragen“ angemaßt. Dieser stehe aber nicht den Richtern zu, sondern den gewählten Volksvertretern im Parlament. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) forderte eine Grundgesetzänderung, um den Einfluss des Verfassungsgerichts einzudämmen. Speziell Karlsruher Entscheidungen zum Wahlrecht hätten „ruinöse Folgen“, gerade in den Kommunen. CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt bemängelte, das Gericht versuche „relativ stark in die politische Entscheidungsfreiheit einzugreifen“. Karlsruhe stelle dem Gesetzgeber zudem häufig „fast unlösbare Aufgaben“. Im Besonderen kritisierte die Landesgruppenchefin die Urteile zum Erbrecht und zum Kopftuch bei muslimischen Lehrerinnen. Hasselfeldt wörtlich: „Karlsruhe ist nicht der bessere Gesetzgeber.“ **Wolfram Göll**

Seite 4

NEUBEGINN

Liebe *Bayernkurier*-Leserinnen und -Leser! Am 16. Mai erscheint die letzte Ausgabe des *Bayernkuriers* in seiner jetzigen Form. Danach werden wir auf ein Monatsmagazin umstellen, das am 29. Mai erstmals erscheint. Näheres dazu lesen Sie auf Seite 7

Drama im Mittelmeer

Eine Million Flüchtlinge warten in Libyen – EU: Rettungsoperation Triton stärken

Brüssel – Nach den Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer muss Europa handeln. Aber das Problem ist schwer lösbar: Der Migrationsdruck aus Afrika nimmt dramatisch zu.

Kurs auf Europa: Überfülltes Flüchtlingsboot vor Lampedusa (Archivbild 2011). Bild: action press / INSIDEFOTO SRL

Die maritime Rettungsoperation Triton der EU-Grenzschutzagentur Frontex wird massiv ausgebaut. Der Kampf gegen Schlepper und Schleuser soll intensiviert werden. Es wird sogar darüber nachgedacht, unter Einsatz militärischer Mittel Flüchtlingsboote festzusetzen und zu zerstören. Außerdem soll das EU-Asyl-System überprüft werden.

Das sind Teile eines Zehn-Punkte-Aktionsplans zur Migration, mit dem EU-Kommission und Mitgliedstaaten den tödlichen Flüchtlingsdramen auf dem Mittelmeer begegnen wollen. Der Kommissionsplan war auch Grundlage eines EU-Sondergipfels in Brüssel, auf dem am vergangenen Donnerstag über Konsequenzen aus den jüngsten Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer beraten wurde. Zuvor waren bei zwei Schiffsuntergängen möglicherweise weit über 1100 Flüchtlinge ertrunken. Ende Mai will die EU-Kommission eine große Europäische Migrationsagenda vorlegen.

Im Jahr 2014 haben mindestens 186000 Flüchtlinge über das Mittelmeer Europa erreicht (*The Economist*). Seit Jahresanfang hat die UN-Flüchtlingsagentur UNHCR schon über 31500 Migranten im Mittelmeer gezählt. Derzeit kommen die meisten Flüchtlinge auf dem Weg nach Italien aus Gambia, Senegal und Somalia. Italienische Regierungsstellen sprechen von bis zu einer Million zumeist schwarzafrikanischer Flüchtlinge, die derzeit allein in Libyen auf eine Gelegenheit zur Überfahrt warten. Die Zahl scheint groß, ist tatsächlich aber nur ein kleiner Anfang, denn der Migrationsdruck in Afrika steigt dramatisch: Bis zum Jahr 2050 wird die Bevölkerung Afrikas nach UN-Zahlen von derzeit 1,1 Milliarden auf knapp 2,4 Milliarden Menschen wachsen – mehr als zehn Mal soviel wie 1950 (228 Millionen). Afrikas Wirtschaftsentwicklung hält damit nicht Schritt.

Einfache Lösungen gibt es nicht. Je mehr die EU einsetze, um die Menschen auf dem Mittelmeer zu retten, erläutert Bundesinnenminister Thomas de Maizière, „desto größer ist der Anreiz für die Schlepper, noch mehr Menschen auf die Boote zu schicken“. Und dann gibt es noch mehr Tote. Auf die Hilfe der Herkunftsländer können die Europäer nicht zählen: Afrikaner in Europa und Amerika überweisen jedes Jahr bis zu sechs Milliarden Dollar in die Heimat zurück. In Fluchtdrehscheiben wie Agadez in Niger ist das Geschäft mit den Flüchtlingen wichtigster Teil der lokalen und regionalen Wirtschaft.

Griechenland und Italien fordern eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge auf alle EU-Länder. Das fordern seit langem auch deutsche Politiker. Im vergangenen Jahr hat Deutschland mit Abstand die meisten Asylbewerber (174000) aufgenommen. Problem: Um die Flüchtlinge verteilen zu können, müssen sie zuvor registriert werden – was Italien aber unterlässt. Sicher ist nur eines: Die große Fluchtwelle 2015 hat gerade erst begonnen. **Heinrich Maetzke**

Seiten 3, 6 und 8

ZUR SACHE

ÜBERLEBEN

Welchen Wert haben Kinder? Unbezahlbar, dieses Glück, sagen fast alle Eltern. Viel zu geringen Wert, sagt Reiner Haseloff, Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt. Kinder, das ist in der Tat das existenzielle Problem unserer Nation. Deutschland hat seit Jahren die niedrigste Geburtenrate in der EU. Reicht es, wie jetzt geschehen, Freibeträge zu erhöhen und um lächerliche vier Euro das Kindergeld? Nein, beim Steuersystem muss noch viel mehr für Eltern mit Kindern getan werden, aber auch bei der verbalen Wertschätzung. Mehr als 200 Milliarden Euro investiert Deutschland in Familien, aber von den 150 verschiedenen Leistungen fördern nur wenige tatsächlich die Bereitschaft, Kinder groß zu ziehen. Kinderlose haben mehr Freiheit, höheren Lebensstandard und sogar höhere Renten, obwohl sie dazu keine künftigen Beitragszahler beitragen – so übel sich das auch anhört. Mobil und flexibel sollen Arbeitnehmer heute sein, fordert die Wirtschaft. Für Familienplanung sind das aber keine guten Voraussetzungen. Zuwanderer sind keine Lösung, weil deren Heimatländer Fachkräfte verlieren. Haseloff ist deshalb zuzustimmen, wenn er fordert, gerade die Wirtschaft müsse Arbeitnehmer mit Kindern entlasten. Besser noch, sie müsste sie privilegieren! Es geht um nicht weniger als unser Überleben.

Andreas von Delhaes-Guenther

DIE SCHARNAGL-KOLUMNE

Wilfried Scharnagl

Kommissar Moscovicis fatale Wortmeldung: Der Bock als Gärtner bleibt sich treu

Unter den merkwürdigen Entscheidungen, die im vorigen Jahr der neue EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bei der Auswahl seiner 27 Kommissare getroffen hatte, war jene für den ehemaligen französischen Finanzminister Pierre Moscovici die merkwürdigste. Bei keiner anderen europäischen Personalentscheidung war der Widerspruch zwischen Auftrag und Verantwortung des neuen europäischen Amtes auf der einen und dem bisherigen politischen Verhalten des neuen Kommissars auf der anderen Seite so eklatant wie bei dem französischen Sozialisten. Als Finanzminister in Paris hatte Moscovici exakt jene europäische Politik nachdrücklich bekämpft, für die er nun als Kommissar für Währung und Wirtschaft und darüber hinaus für Steuern und Zollunion in Brüssel verantwortlich ist. Auf Grund dieses Sachverhaltes hatte ich schon damals an dieser Stelle geschrieben: „Zu fragen bleibt, warum man in Brüssel hier den Bock zum Gärtner gemacht hat. Und warum Moscovici in Kenntnis von Person und Politik von Kommissionspräsident Juncker vorgeschlagen sowie von den Regierungen der Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament für sein Brüsseler Amt akzeptiert wurde.“

Die Frage blieb damals unbeantwortet. Sie stellt sich heute mit unverminderter, eher noch gesteigerter Dringlichkeit immer noch. Für den Parteitag der französischen Sozialisten Anfang Juni wurde ein Antrag mit der Überschrift „Vereinen! Erfolgreich sein! Erneuern!“ eingebracht. Einer der ersten Unterzeichner: EU-Kommissar Pierre Moscovici. In diesem Papier wird eine grundsätzlich neue Krisenpolitik gefordert, der Weg zu einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik verteufelt und eine Vergemeinschaftung aller europäischen Schulden gefordert. Markus Ferber, Finanzexperte in der CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament: „Mit diesen Forderungen geht Moscovici in diametrale Opposition zur Politik der Europäischen Kommission und verabschiedet sich endgültig vom Stabilitätsgedanken.“

Ferber stellte die Frage, wie ein für die Stabilität des Euro und für die Einhaltung der EU-Verträge zuständiger Kommissar mit solchen programmatischen Äußerungen seiner Rolle als unabhängiger Kommissar noch gerecht werden kann „und ob er das überhaupt will“. Als Kommissar ist Moscovici Mitglied jenes Gremiums, welches über die Einhaltung der Verträge zu wachen hat. Ferber: „Jetzt ruft er förmlich zum Bruch dieser Verträge auf. Die französischen Sozialisten fordern, die Haushaltsziele noch weiter auszulegen und den Weg der Schuldenvergemeinschaftung zu beschreiten.“

Zunächst wäre jetzt die Stunde von EU-Kommissionspräsident Juncker, der in seinem Beritt für Ordnung und Klarheit zu sorgen hätte. Nicht zuletzt auch deshalb, weil in dem von Moscovici mitinitiierten Parteitagantrag auch eine bösartige parteipolitische Attacke gegen CDU und CSU enthalten ist – gegen die „europäischen Rechten – und insbesondere die deutsche CDU/CSU“ wird zur Konfrontation aufgerufen.

Ein EU-Kommissar als parteipolitischer Agitator? Nein, danke!

Verlag Bayernkurier - Postfach 200563 - 80005 München

MELDUNGEN

VERWIRRTER GABRIEL

Berlin – Die Bundesregierung erwartet 2015 und 2016 ein Wirtschaftswachstum von 1,8 Prozent. Wirtschaftsminister Gabriel warnte vor Selbstzufriedenheit: „Wirtschaftlicher Erfolg ist kein Selbstläufer“, sagte er. Die fünf Wirtschaftsweisen hatten 2,1 Prozent prognostiziert und deutliche Steuersenkungen gefordert. Für Verwirrung sorgte Gabriels Kritik an Kanzlerin Merkel: Diese habe sich entgegen früheren Aussagen dafür ausgesprochen, den Solidaritätszuschlag von 2020 bis 2030 schrittweise abzuschaffen. Gabriel behauptet, dies erschwere die „Debatte über Steuersenkungen“. Beobachter aber fragten sich, was denn die Abschaffung des Soli anderes sei als eine reale Steuersenkung.

STREIK KRITISIERT

München – Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner hat den neuerlichen Streik der Gewerkschaft der Lokführer GDL scharf kritisiert. „Der Streik stellt eine massive Belastung für die ganze Bevölkerung und Unternehmen in ganz Deutschland dar“, sagte Aigner. „Ich kann die Erregung in der Bevölkerung absolut nachvollziehen.“ Nach 16 Verhandlungsrunden müsse man fragen, ob der Streik noch verhältnismäßig sei.

TEURER ORKAN

München – Voraussichtlich rund 750 Millionen Euro kostet die Versicherer der Orkan Niklas, der Ende März über Deutschland hinweggefegt war. Das geht aus Hochrechnungen deutscher Versicherer hervor. Gemessen an den gemeldeten Schäden an Gebäuden, Hausrat und Fahrzeugen zählt „Niklas“ demnach zu den fünf schwersten Stürmen der vergangenen 15 Jahre. So schadensträchtig wie Sturm „Kyrill“ im Januar 2007 war er aber längst nicht. Damals entstanden Schäden von 2,4 Milliarden Euro.

Das klärende V-Wort

Bundestag: Vernichtung der Armenier vor 100 Jahren war Völkermord

Berlin – Die Fraktionen von Union und SPD sprechen beim Massaker an den Armeniern vor genau 100 Jahren jetzt doch von einem Völkermord. Die Regierungsfraktionen fordern die Türkei auf, sich mit den Vertreibungen und Massakern endlich offen auseinanderzusetzen.

Bild: PD / fkn

Verschleppt, erfroren, verhungert: Nahezu alle armenischen Kinder starben auf den Deportationsmärschen.

In dem Antragsentwurf der Regierungsfraktionen heißt es, das Schicksal der Armenier „steht beispielhaft für die Geschichte der Massenvernichtungen, der ethnischen Säuberungen, der Vertreibungen, ja der Völkermorde, von denen das 20. Jahrhundert auf so schreckliche Weise gezeichnet ist“. Am 24. April 1915 habe das damalige jungtürkische Regime mit der planmäßigen Vertreibung und Vernichtung von über einer Million ethnischen Armeniern begonnen.

Weiter heißt es in dem Antrag, über den der Bundestag am Freitag (nach Redaktionsschluß dieser Ausgabe) berät: Der Versöhnungsprozess zwischen Türken und Armeniern „bedarf dringend neuer Impulse“. Zudem wird die „unrühmliche Rolle des Deutschen Reiches“ betont, das trotz eindeutiger Informationen nicht gegen die Verfolgung der Armenier eingeschritten sei.

In einem früheren Entwurf des Antrags von Union und SPD war der Begriff Völkermord zunächst nur in der Begründung verwendet worden, nun rückte er in den Haupttext. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) hatte den Begriff Völkermord in einem Interview am Sonntag noch vermieden. Mehrere EU-Länder wie Frankreich, Belgien oder Österreich bezeichnen das Armenien-Massaker schon seit Jahren als Völkermord. Frankreichs Präsident Hollande fährt sogar zu den Gedenkfeierlichkeiten nach Jerewan.

Ein Völkermord oder Genozid ist seit dem Beschluss durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen von 1948 ein Straftatbestand im Völkerstrafrecht, der nicht verjährt. Gekennzeichnet ist er durch die spezielle Absicht, auf direkte oder indirekte Weise „eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören“. Zu beachten ist, dass nur die Absicht zur Vernichtung der Gruppe erforderlich ist, nicht aber auch die vollständige Ausführung der Absicht. **OP**

„Wir brauchen deutlich mehr Kinder“

CDU-Ministerpräsident Haseloff: Existenzielles Problem – Für massive Steuererleichterungen

Berlin – Massive Steuerleichterungen für Familien mit Kindern und wesentlich stärkere Anreize der Politik, damit in Deutschland mehr Kinder geboren werden, fordert der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff (CDU). Man brauche eine Geburtenquote pro Frau von 2,1 oder 2,2 Kindern anstelle der bisherigen 1,4. „Es geht um das Überleben unserer Gesellschaft“, sagte der Katholik Haseloff der *Welt*.

Bild: Reynado Paganelli/action press

Reiner Haseloff

Haseloff betont: „Die Politik muss endlich anerkennen, dass das Thema Familie das existenzielle Problem unserer Nation ist.“ Deutschland sei zwar der am höchsten entwickelte Sozialstaat der Welt. „Aber das nützt uns nichts, wenn die Demografie langfristig alle Errungenschaften zunichte macht.“ Die bisherigen familienpolitischen Leistungen entfalteten „keine klare Wirkung pro Kind“. Sie seien lediglich ein Nachteilsausgleich, so Haseloff. „Unter rein ökonomischen Gesichtspunkten ist die Gründung einer Familie nicht attraktiv. Jeder Lebensentwurf ohne Kinder ermöglicht höheren Lebensstandard, höhere Rente und mehr Freiheit.“

Haseloff forderte massive Umschichtungen zugunsten von Familien mit Kindern im Steuerrecht. „Das Bundesverfassungsgericht sagt hier eindeutig, dass es Nachholbedarf bei Steuern und der Sozialversicherungsgesetzgebung gibt. Da sollten wir nachjustieren. Der Aufwand, ein Kind großzuziehen, ist doch heute viel höher als vor 20, 30 Jahren. Ich sage nur Kita-Gebühren, Schulbuchpreise, Schulranzen für 120 Euro und so weiter. Unser Steuersystem erkennt nicht ausreichend an, welche Kosten die Familien zu tragen haben. Hier muss im Steuersystem weiter zugunsten der Kinder umgeschichtet werden.“

Haseloff räumte ein, ein Grund für den heutigen Kindermangel sei der große Leistungsdruck. „Der Markt schafft nicht automatisch familienfreundliche Rahmenbedingungen. Der Arbeitnehmer von heute soll mobil und zeitlich flexibel sein, so dass stabile Schutzräume wie eine Familie nur schwer aufrechterhalten werden können.“ **Wolfram Göll**

GEWINNER DER WOCHE

Deutscher Pass

In volle 174 Länder der Erde kann der Inhaber eines deutschen Passes ohne Visum einreisen. Damit belegt der deutsche Pass den zweiten Platz im internationalen Vergleich. Neben Deutschland sind die Pässe Schwedens, Finnlands, Großbritanniens und der USA besonders wertvoll: Auch mit ihnen können genau 174 Länder ohne Visum besucht werden. Allerdings ist der schwedische Pass mit 37 Euro etwas billiger als der deutsche (59 Euro), was Schweden den ersten Platz bringt. Am ungünstigsten für Reisende sind Pässe aus dem Irak (31 visumsfreie Länder) und Afghanistan (28 Länder). Ziemlich unattraktiv fanden die Experten den türkischen Pass. Der ermöglicht visumsfreie Reisen in nur 100 Länder, ist aber mit 216 Euro mit Abstand der teuerste aller 51 untersuchten Pässe. **wog**

VERLIERER DER WOCHE

FBI

Jahrzehntelang hat die amerikanische Bundespolizei FBI fehlerhafte Haaranalysen durchgeführt. Dadurch wurden sogar in 32 Fällen die Angeklagten zum Tod verurteilt: 14 von ihnen wurden hingerichtet oder starben im Gefängnis. Die Vorwürfe gegen die ungenauen FBI-Haaruntersuchungen durch Mikroskope – statt der ab dem Jahr 2000 üblichen DNA-Gentests – gab es schon seit vielen Jahren. Doch erst vor drei Jahren begann die Überprüfung von knapp 270 Gerichtsurteilen, die auf Mikroskop-Analysen fußten. In 95 Prozent der überprüften Fälle erwies sich die Haaranalyse als falsch. Das einzig Gute an diesem Skandal: Das US-Justizministerium und rund 20 Bundesstaaten kündigten an, weitere 2200 Gerichtsurteile aus früheren Jahrzehnten zu überprüfen. Für die Opfer kommt das aber viel zu spät. **avd**

FUNDSTÜCKE

„Wann soll man nach all dieser Dokumentationsflut eigentlich noch kochen, Gäste bewirten und dabei lächeln?“

Ulrich Brandl
Bayerischer DEHOGA-Präsident, bei der Demonstration der Wirte gegen den Bürokratiewahnsinn

„Ich hoffe für Sie, dass Sie nicht bald Gästebetten streichen müssen, weil Sie den Platz für Aktenschränke brauchen.“

Ilse Aigner
WIrtschaftsministerin bei der Wirte-Demo, zur Aufbewahrungspflicht der Gastronomen für alle Dokumente

„Das war eine Lawine. Ein Fußballorkan.“

AS
spanische Sportzeitung, nach dem 6:1-Sieg des FC Bayern über Porto

„Wir haben nicht wissentlich, vorsätzlich und absichtlich einen Völkermord begangen.“

Bülent Arinc
türkischer Vize-Regierungschef, bei der Entwicklung der Theorie eines versehentlichen Völkermordes

„Von Konfuzius ist der Satz überliefert: Wer einen Baum pflanzt, der wird den Himmel gewinnen. Wie groß muss erst das Glück derjenigen sein, die eine ganze Bundesgartenschau ausrichten?“

Joachim Gauck
Bundespräsident, zur Eröffnung der BUGA in Brandenburg/Havel

BAYERNKURIER

Eigentümer und Verleger – § 7 Absatz 1BayPrG
Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.,
Nymphenburger Straße 64, 80335 München

Gründungsherausgeber:
Dr. h. c. Franz Josef Strauß †

Herausgeber:
Horst Seehofer,
Vorsitzender der Christlich-Sozialen Union

Redaktionsleiter:
Andreas von Delhaes-Guenther
(verantwortlich für den Inhalt)

Redaktion:
Andreas von Delhaes-Guenther (Bayern),
Wolfram Göll (Deutschland),
Dr. Heinrich Maetzke (Ausland),
Jörg von Rohland (Wirtschaft),
Dominik Sauter (Medien, Reports).
eMail: redaktion@bayernkurier.de
Keine Haftung für unverlangt eingesandte Fotos, Manuskripte, Datenträger und Dokumente

Verantwortlich für Anzeigen: Karin Freese
eMail: anzeigen@bayernkurier.de
Vertriebsabteilung:
eMail: vertrieb@bayernkurier.de

Normalabonnement jährlich 75 €. Schüler-/Studenten-/ Rentnerabonnement jährlich 40 €. Berechnung bis Ende Kalenderjahr. Die Preise verstehen sich einschließlich Mehrwertsteuer. Erfüllungsort und Gerichtsstand München. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Entschädigungsanspruch. Abonnements können schriftlich mit einer Frist von vier Wochen zum Ende eines Vorauszahlungszeitraums gekündigt werden. Seit 1. Januar 2014 gilt Anzeigenpreisliste Nr. 34.

Kontoverbindungen:
Postbank München
IBAN: DE86700100800014048803
BIC: PBNKDEFF
Hypo Vereinsbank München
IBAN: DE46700202700000520300
BIC: HYVEDEMMXXX
Commerzbank 700
IBAN: DE39700800000498700700
BIC: DRESDEFF700

Anschrift für alle: BAYERNKURIER
Nymphenburger Straße 64,
80335 München
Telefon 089/12004-0
Telefax Redaktion 089/1293050
Telefax Verlag 089/12004-133
Postanschrift: Postfach 200563,
80005 München

Druck: Presse-Druck- und Verlags GmbH,
Curt-Frenzel-Straße 2,
86167 Augsburg

„Niemand hat uns je gefragt, wer wir sind“

Ein US-Bericht enthüllt: Italien schickt hunderttausende Syrien-Flüchtlinge ohne die geringste Kontrolle nach Nordeuropa

Rom – Beim Thema Flüchtlinge kennt Italien nur eine Priorität: Die Flüchtlinge so schnell wie möglich nach Nordeuropa loswerden. Polizei und Behörden helfen dabei. Europäische Vereinbarungen spielen für Rom keine Rolle.

Die Carabinieri sind gerne behilflich: Über Lampedusa direkt nach Deutschland, Schweden oder in die Niederlande. Bild: action press/OLYCOM S.P.A.

Italienische Polizei und italienische Behörden kontrollieren hunderttausende Flüchtlinge, die über Italien Europa erreichen, praktisch überhaupt nicht. Sie helfen ihnen vielmehr dabei, Italien möglichst schnell Richtung Norden zu verlassen. Das berichtet jetzt in einem beunruhigenden Artikel das US-Politik-Magazin *Foreign Policy*. Die FP-Autoren Harald Doornbos und Jenan Moussa haben dafür Interviews mit über einem Dutzend syrischer Asylbewerber ausgewertet, die über Italien die Niederlande, Deutschland und Schweden erreichten.

UN-Zahlen bestätigen den Befund: Dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR zufolge haben zwischen April 2011 und Dezember 2014 genau 222 225 syrische Flüchtlinge Asyl beantragt. Die meisten von ihnen haben Europa über Italien erreicht. Aber nur 1987 syrische Flüchtlinge sind dort geblieben, weniger als ein Prozent, errechnet Foreign Policy. 59 529 syrische Flüchtlinge haben stattdessen im gleichen Zeitraum Asyl in Deutschland beantragt, 54 980 in Schweden, 12 023 in den Niederlanden und 10 135 im kleinen Dänemark. Das andere südeuropäische Ankunftsland Griechenland nahm der interaktiven UNHCR-Karte zufolge 1810 Flüchtlinge auf.

> **Keine Registrierung, kein Foto, keine Fingerabdrücke**

Die Italien-Erfahrungen der syrischen Flüchtlinge ähneln sich stark. Einer von ihnen startete mit 350 weiteren Flüchtlingen über den türkischen Hafen Mersin. Ein Frachtschiff rettete sie vor der italienischen Küste aus einem maroden Boot und setzte sie im sizilianischen Hafen Catania an Land. „Niemand hat uns überprüft, als wir Italien erreichten“, so der syrische Migrant: „Keine Küstenwache, kein Polizist hat uns je nach unseren Papieren gefragt. Niemand hat uns registriert, niemand hat ein Foto gemacht, niemand hat unsere Fingerabdrücke genommen, niemand hat uns gefragt, wer wir waren.“

Den Flüchtlingen, die alle nach Deutschland, Schweden oder Holland weiter wollten, war das recht. Er könne gerne bleiben, um zu schlafen, erklärte im Asylantenzentrum Catania ein Polizist dem *FP*-Interviewpartner, „aber wenn sie gehen wollen, können sie gehen“. Der Flüchtling bestieg in Catania einen Zug und fuhr ungehindert über Mailand nach Berlin.

> **Mit den Flüchtlingen können genauso unkontrolliert auch IS-Terroristen kommen**

Andere Flüchtlinge berichten, dass ihnen die Polizei beim zweiten Versuch half, wenn sie etwa von österreichischer Polizei aus dem Zug gefischt und nach Italien zurückgeschickt wurden. Ein weiterer Syrien-Flüchtling wurde bei der Ankunft in Italien immerhin fotografiert und erhielt dann ein Stück Papier auf dem nur eine Nummer stand. Als ihn auf dem Bahnhof von Neapel ein Polizist aufhielt, zeigte er ihm den Zettel mit der Nummer. Der Polizist führte ein kurzes Telefongespräch, wendete sich dann wieder dem Syrer zu und sagte nur: „Goodbye“.

Italiens oberste Priorität sei es offenbar, die Flüchtlinge von seinem Territorium wegzubekommen, schlussfolgern die *FP*-Autoren. Das ist nicht nur offener Bruch des Schengener Abkommens über den freien Reiseverkehr und der Dublin-Verordnung der EU über das Asylverfahren. Es ist auch gefährlich, meinen *Foreign Policy* und sogar einige der befragten Syrien-Flüchtlinge. Denn mit den hunderttausenden Flüchtlingen können ebenso unkontrolliert auch Dschihadisten aus dem syrischen Kriegsgebiet über Italien nach Nordeuropa reisen. Und sogar gleich Waffen und Sprengstoff mitbringen: „Die Italiener haben nicht einmal das Flüchtlingsgepäck kontrolliert“, so einer der syrischen Migranten. *Foreign Policy* berichtet von einem 60-jährigen Syrien-Flüchtling, dessen Sohn bei Aleppo für die Al-Kaida nahestehende Al-Nusra-Front kämpfte. Der Vater will nun die ganze Familie in Deutschland zusammenführen.

„Italien öffnet der Katastrophe Tür und Tor“, titelt das US-Magazin und meint damit den nächsten Terroranschlag in Europa. Bei der nächsten EU-Innenministerkonferenz sollte Thomas de Maizière seinem italienischen Kollegen den *Foreign Policy*-Artikel vorlegen. Da ist eine italienische Erklärung fällig.

Heinrich Maetzke

http://foreignpolicy.com/2015/04/13/italy-islamic-state-syria-refugees/

http://data.unhcr.org/syrianrefugees/asylum.php

Bestürzung über brutalen Mord an Christen

Muslimische Bootsflüchtlinge werfen zwölf Afrikaner über Bord, weil sie „Ungläubige“ sind

Palermo/ München – Als „furchtbare Tragödie“ haben bayerische Politiker und Kirchenvertreter den Tod von zwölf afrikanischen Christen bezeichnet, die bei ihrer Flucht von Afrika nach Europa von Muslimen aus einem Boot geworfen wurden und ertranken.

Medienberichten zufolge nahm die Polizei im sizilianischen Palermo 15 Verdächtige aus den Ländern Elfenbeinküste, Guinea, Mali und Senegal fest. Ihnen wird „mehrfacher Totschlag, erschwert durch religiösen Hass“ vorgeworfen, so die Polizei.

Das am 14. April in Libyen gestartete Schlauchboot war mit 105 Flüchtlingen besetzt. Nach Augenzeugenberichten hätten sich andere Christen aus Nigeria und Ghana nur retten können, indem sie sich an Bord aneinander ketteten. Alle Überlebenden wurden von einem Schiff der italienischen Marine gerettet und nach Palermo gebracht.

Der Vizepräses der EKD-Synode, Ministerpräsident a. D. Günther Beckstein, sagte dazu: „Es macht mich fassungslos, dass Menschen so verbrecherisch werden können, die selber in einer schweren Lage sind und Hilfe in Europa suchen.“ Zugleich zeige die Tat, „was für ein Hass bei muslimischen Extremisten gegenüber Christen vorhanden ist“. Man merke „auf furchtbare Weise, dass das Christentum weltweit die meistverfolgte Religion ist“.

Der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Martin Neumeyer, MdL, zeigte sich zutiefst erschüttert von den Berichten über die Mordtaten afrikanischer Flüchtlinge muslimischen Glaubens an ihren christlichen Leidensgenossen: „Die Täter sind keine Verfolgten, sondern schlicht Verbrecher und Terroristen, die streng bestraft werden müssen.“ Als Konsequenz daraus forderte Neumeyer ein striktes Vorgehen auch gegen all jene, die hier, während sie Asyl beantragen oder sich als Flüchtlinge ausgeben, durch Gewalttaten oder den Aufruf zu religiösem oder rassistischem Hass auffällig werden.

Bootsflüchtlinge: Religiöser Hass statt gemeinsamer Überlebenskampf. Bild: action press

„Die Bürger in Bayern verstehen nicht, warum Leute, die unter Berufung auf unser Asylrecht hier leben wollen, zu religiösem Hass aufrufen oder sogar Gewalttaten begehen können – und dann trotzdem hierbleiben sollen“, so der Integrationsbeauftragte. Er erinnert dabei an die Übergriffe auf Flüchtlinge christlichen Glaubens in einer Asylbewerberunterkunft, die das Land im vergangenen Jahr erschüttert hatten. „Hier erwartet die Bevölkerung“ laut Neumeyer, „ein klares Signal, dass sich unsere Gesellschaft das nicht bieten lässt und Leute, die ihr Gastrecht durch Straftaten oder volksverhetzende Äußerungen missbrauchen, konsequent und zeitnah bestraft werden“.

Dabei geht es Neumeyer auch um den Schutz der Bevölkerung. „Die Mörder auf dem Flüchtlingsboot vor der italienischen Küste sind nichts anderes als Terroristen, gleich ob sie sich jetzt zu Boko Haram, dem Islamischen Staat oder al-Qaida bekennen oder nicht. Solche Leute aufzunehmen ist aber auch ein Schlag ins Gesicht der übrigen Flüchtlinge und Asylbewerber, all der Kriegsopfer und politisch Verfolgten, die wir gerne und zu Recht aufnehmen. Wir dürfen nicht zulassen, dass ihnen die Bevölkerung wegen einiger schwarzer Schafe misstraut und so die Empathie und Solidarität gegenüber Flüchtlingen verlorengeht“, so der Beauftragte. Deshalb müsse es heißen: Null Toleranz bei Gewalt und Hass.

Peter Orzechowski

Richter sind keine Gesetzgeber

Unions-Parlamentarier kritisieren Bundesverfassungsgericht: Karlsruhe steht kein Gestaltungsanspruch zu

Berlin – Die Kritik am Bundesverfassungsgericht wird schärfer: Hochrangige Abgeordnete von CDU und CSU sind mit vielen Urteilen des höchsten deutschen Gerichts unzufrieden und kritisieren einen angemaßten Gestaltungsanspruch der Richter.

Maßen sich nach Meinung der Union zu viele Kompetenzen an: Die Bundesverfassungsrichter. Bild: Stockhoff/imago

Grundtenor der Kritik: Das Verfassungsgericht maßt sich über die reine Überprüfung von Gesetzen an den Maßstäben des Grundgesetzes hinaus Kompetenzen an, die es nicht hat. Genauer: Es reklamiert mit vielen seiner Entscheidungen einen Gestaltungsanspruch, der in die Domäne der Politik und der gewählten Abgeordneten gehört.

Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) kritisiert einen „deutlich erkennbaren Gestaltungsanspruch" der Karlsruher Richter in „hochpolitischen Fragen". Als Konsequenz plädiert er für eine Grundgesetzänderung, um den Einfluss der Richter einzudämmen. Bei seiner Kritik bezieht sich Lammer vor allem auf Wahlrechtsentscheidungen des Gerichts. Die Entscheidung, die Fünfprozenthürde bei Kommunalwahlen aufzuheben, habe „ruinöse Folgen" für die Entscheidungsfindung auf kommunaler Ebene, sagte Lammert der *Welt am Sonntag*. „Die Verdoppelung der Beratungszeit bei gleichzeitiger Reduzierung der Erfolgsaussichten ist tödlich für die Bereitschaft zum ehrenamtlichen politischen Engagement."

> In manchen Urteilen kommt die Verachtung der Richter für Politik zum Ausdruck

„Wir haben hier eine der wenigen wirklichen Lücken in der Verfassung", so Lammert. Das Grundgesetz schweige „zu den Grundsätzen des Wahlsystems, zur Frage nach Mehrheits- oder Verhältniswahlrecht, nach Sperrklauseln oder dem Ausgleich von Überhangmandaten". Diese Lücke verleite das Gericht dazu, in den Spielraum des Gesetzgebers einzugreifen.

Schon 2013 hatte sich Lammert gegen eine als arrogant und gönnerhaft empfundene Äußerung des SPD-nahen Gerichtspräsidenten Andreas Voßkuhle gewandt. Voßkuhle hatte gesagt, das Gericht wolle die Arbeit des Bundestags „fordernd und fördernd" begleiten – ganz so, als wäre Karlsruhe die Erzieherin des Parlaments. Lammerts Antwort lautete damals, das Verfassungsgericht sei eines von fünf Verfassungsorganen, aber nicht das höchste. Dabei ist der Bundestag das einzige Verfassungsorgan, dessen Mitglieder direkt vom Volk gewählt werden, was ihm eine besondere Legitimation verleiht.

Noch eine Spur schärfer fällt die Kritik des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Europäischen Parlament, Elmar Brok (CDU), aus. Er griff das Gericht wegen der Abschaffung der Dreiprozenthürde bei Europawahlen an. „Mit dem Urteil schwächt Deutschland sich selbst", kritisiert er. Einerseits klage das Verfassungsgericht über zu wenig Demokratie in der Europäischen Union, andererseits hindere es das Parlament daran, „vernünftige demokratische Kontrolle auszuüben". In dem Urteil komme „die Verachtung einiger Richter für Politik zum Ausdruck", sagte Brok.

Die Chefin der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Gerda Hasselfeldt, kritisiert: „Das Bundesverfassungsgericht legt seinen Auftrag in den letzten Jahren besonders weitreichend aus. Das Gericht versucht relativ stark in die politische Entscheidungsfreiheit einzugreifen." Zugleich setze das Verfassungsgericht „fast unlösbare Aufgaben" für den Gesetzgeber. Hasselfeldt: „Das sehe ich kritisch." Karlsruhe sei nicht der „bessere Gesetzgeber".

> Karlsruhe ist nicht der bessere Gesetzgeber

Hasselfeldt nennt das Urteil zur Erbschaftsteuer und das Kopftuchurteil – diese hätten sie „sehr irritiert". Bei der Erbschaftsteuer fordere das Verfassungsgericht jetzt eine Bedürfnisprüfung. „Das ist ein Begriff aus dem Sozialrecht, den das Steuerrecht eigentlich nicht kennt." Es mache eine ordnungspolitisch saubere Lösung schwierig, nun plötzlich ein „artfremdes Instrument" in das Erbschaftsteuerrecht einzuführen. „Solche konkreten politischen Vorgaben sind aus meiner Sicht nicht die Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts", so Hasselfeldt. Und ein weiteres Beispiel: „Beim Kopftuch-Urteil trägt das Bundesverfassungsgericht die Konflikte in die Schule. Das ist kontraproduktiv."

Das Kopftuch-Urteil nimmt auch der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Stephan Mayer, ins Visier. Das Gericht hatte erklärt, eine abstrakte Gefahr für den Schulfrieden und die weltanschauliche Neutralität der Schule genüge nicht für ein Verbot. Mayer ist anderer Meinung: „Meines Erachtens reicht das Bestehen einer abstrakten Gefahr für ein Verbot aus. Nur so kann der Gesetzgeber mit der gebotenen Klarheit regeln, wie das staatliche Neutralitätsgebot in den Schulen umgesetzt wird. So können alle grundrechtsrelevanten Belange zu einem angemessenen Ausgleich gebracht werden."

CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer kritisiert am Bundesverfassungsgericht einen Mangel an Respekt vor der grundgesetzlich verbrieften Gewaltenteilung. „Keiner wird die Gewaltenteilung in unserem Staat hinterfragen", betont Scheuer. „Karlsruhe muss wieder stärker respektieren, dass die gesellschaftlichen Grundentscheidungen durch den Gesetzgeber, durch Politik und Parlament getroffen werden. Das Bundesverfassungsgericht sollte nicht das Geschäft der Politik miterledigen wollen, sondern sich wieder verstärkt ausschließlich auf die Rechtsprechung konzentrieren." **Wolfram Göll**

Wofür ist der Bund zuständig?

Berlin – „Wenn das Betreuungsgeld nicht rechtmäßig sein sollte, mit dem Argument, der Bund sei dafür nicht zuständig, dann muss man auch die Beteiligung des Bundes am Kita-Ausbau der Länder infrage stellen", betont Max Straubinger, parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag, im *Spiegel*. Weil einige Medien daraus aber sogleich die Meldung gemacht hatten, die CSU wolle als „Retourkutsche" für die Zweifel des Verfassungsgerichtes am Betreuungsgeld nun die Kita-Förderung kippen, präzisierte CSU-Parteichef Horst Seehofer: Straubingers Worte seien nicht als Zweifel an der Kita-Förderung zu verstehen. „Die CSU stellt keine Familienleistung infrage. Im Gegenteil: Wir könnten uns noch einige mehr vorstellen", sagte Seehofer. **wog**

Härtere Strafen für Angriffe auf Polizei

Berlin – Angesichts der immer brutaler werdenden Angriffe von Linksextremisten auf Polizisten, ja sogar auf Feuerwehr und Rettungsdienste bei den Blockupy-Ausschreitungen in Frankfurt (*BK* berichtete) fordert die schwarz-grüne Landesregierung Hessens über den Bundesrat eine Verschärfung der Strafen und einen neuen „Schutzparagraphen 112" im Strafgesetzbuch. Demnach sollen Attacken auf Beamte der Polizei, Helfer von Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdiensten mit Freiheitsstrafen von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft werden. In besonderen schweren Fällen könnte es sogar zehn Jahre Haft geben. **wog**

CSU LANDESGRUPPE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

AUS DER LANDESGRUPPE

FÜR SCHWEINFURT

Gute Nachrichten für den Wirtschaftsstandort Schweinfurt hat die örtliche CSU-Abgeordnete **Anja Weisgerber** (Bild): Die SKF GmbH in Schweinfurt erhält für die Errichtung eines innovativen Prüfstands für Großwälzlager 1,6 Millionen Euro Fördermittel aus dem Umweltinnovationsprogramm des Bundes. „Ich freue mich sehr, dass es gelungen ist, diese Fördermittel für Umweltinnovationen nach Schweinfurt zu holen. Die Zusage hat bei der Entscheidung des schwedischen Konzerns, den Prüfstand in Schweinfurt und nicht in Schweden zu errichten, sicher eine Rolle gespielt", so Weisgerber.

Durch den Prüfstand kann der Materialeinsatz und die Härtetiefe bei Großlagern zukünftig reduziert werden. Dadurch werden Energie und Material eingespart.

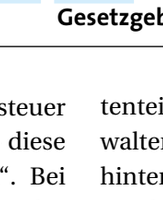
WEITER FORSCHEN

„Investitionen in die Nachhaltigkeitsforschung zahlen sich aus: Dank neuer Ideen unserer Wissenschaft und innovativer Lösungen unserer Unternehmen werden mittlerweile elf Prozent des Bruttoinlandsprodukts durch grüne Technologien erwirtschaftet", freut sich der CSU-Forschungspolitker **Albert Rupprecht** (Bild) angesichts des neuen Rahmenprogramms „Forschung für Nachhaltige Entwicklung" (FONA3). „Mit einem Weltmarktanteil von 15 Prozent ist unser Land im Bereich Umwelttechnologien hervorragend aufgestellt." In den kommenden fünf Jahren werden über das neue Programm rund zwei Milliarden Euro investiert.

ERFREULICHE ZAHLEN

„Die Ergebnisse der Frühjahrsprojektion geben Anlass zur Freude", meint der CSU-Wirtschaftspolitiker **Karl Holmeier** (Bild o.) zur Wirtschaftsprognose von Minister Gabriel. „Sie zeigen, dass sich die deutsche Wirtschaft im Aufschwung befindet. Getragen von einer anhaltend guten Entwicklung am Arbeitsmarkt mit steigenden Löhnen und zunehmender Beschäftigung bewegt sich Deutschland auf einem soliden Wachstumspfad." Positiv sei, dass von der Binnenkonjunktur eine große Dynamik ausgehe.

„Wirtschaftlichen Erfolg bekommt man allerdings nicht geschenkt", mahnt Holmeier gleichzeitig. „Deshalb müssen wir am Ball bleiben. Investitionen in Bildung und Forschung, in Infrastruktur und bessere Rahmenbedingungen für private Investitionen sind wichtige Ansatzpunkte, um weitere Impulse für Wachstum und Beschäftigung zu setzen."



FÜR DIE FAMILIEN

Kinderfreibetrag, Kindergeld und Kinderzuschlag sollen angehoben werden, darüber berät derzeit der Bundestag. „Wir schnüren ein Leistungspaket, das Familien umfassend unterstützt", lobt der CSU-Chefhaushälter **Bartholomäus Kalb** (Bild). „Als CSU-Landesgruppe stellen wir damit erneut unter Beweis, dass uns Familien besonders am Herzen liegen und sie sich auf unsere familienfreundliche Politik verlassen können", so Kalb. Der CSU-Familienpolitiker **Stephan Stracke** (Bild o.) sagt mit Blick auf die Erhöhung des Steuerfreibetrags für Alleinerziehende: „Auch Alleinerziehende werden von uns kraftvoll unterstützt. Damit die Betroffenen möglichst schnell davon profitieren, wollen wir die Erhöhung rückwirkend zum 1. Januar 2015 umsetzen. Neu ist, dass der Entlastungsbetrag mit der Zahl der Kinder steigen wird. Denn je mehr Kinder zu betreuen sind, desto höher ist der damit verbundene Aufwand. Für alleinerziehende Eltern gilt dies umso mehr. Mit all diesen Maßnahmen stärken wir die Perspektiven der Familien", sagt Stracke.

RICHTIGE ABGABE

Bild: Westend61/imago

Der CSU-Umweltpolitiker **Josef Göppel** stärkt Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel den Rücken im Streit um eine Abgabe für alte Braunkohlekraftwerke: „Die Klimaabgabe ist endlich ein glaubwürdiger Schritt, um die Lücke im deutschen Klimaschutzziel zu schließen." Der Vorschlag des Ministers sei ein sinnvolles Signal an die Märkte, nicht mehr in die Kohleverstromung und neue Abbaugebiete zu investieren.

Athen vor dem Bankrott

Regierung Tsipras konfisziert Geld-Reserven

Athen – Griechenlands Staatsbankrott rückt näher. Die Regierung von Alexis Tsipras hat ein Dekret erlassen, demzufolge alle Kommunen, staatlichen Institutionen und Staatsbetriebe finanzielle Reserven an die Zentralbank überweisen müssen. Mit dem Geld will Athen zwei Milliarden Euro für Renten und Gehälter bezahlen. Bis 12. Mai muss sie außerdem einen Kredit über eine knappe Milliarde Euro an den Internationalen Währungsfonds (IWF) zurückzahlen und im Juni weitere 1,6 Milliarden.

Griechische Pressemeldungen, Russland habe Athen fünf Milliarden Euro zugesagt als Vorauszahlung für den Betrieb einer Gaspipeline, die im Jahr 2019 fertig werden könnte, wurden von Moskau sofort dementiert.

Athen steht noch eine letzte Tranche über 7,2 Milliarden Euro aus dem zweiten Rettungspaket zu. Das Geld könnte Athens aktuelle Probleme lösen. Aber bevor es fließen kann, müssen sich Athen und die Gläubiger-Institutionen auf eine verbindliche Liste von Reformen einigen. Das lehnt die Regierung Tsipras ab. Athen verweigert außerdem präzise Angaben über seine Finanzlage. Die möglichen Wirkungen etwaiger griechischer Reformvorschläge lassen sich darum nicht bewerten. H.M.

Wechsel in Finnland

Wahlsieger Juha Sipilä – Anhaltende Krise

Helsinki – Geographisch weiter entfernt von einander als Finnland und Griechenland können zwei Länder in der EU kaum sein. Aber der Ausgang der Parlamentswahlen in Finnland berührt das Krisenland im Süden: Sollten die einst populistischen, aber inzwischen moderaten Wahren Finnen in die neue Regierung einziehen, schwinden die Aussichten für ein drittes Rettungspaket für Athen.

Das kann passieren. Denn die Wähler haben die vom konservativen Noch-Premier Alexander Stubb geführte große Koalition abgewählt. Die neue Regierung wird nun der Ex-Unternehmer Juha Sipilä bilden. Seine Zentrumspartei erzielte mit 21,1 Prozent 19 von insgesamt 200 Mandaten. Die Wahren Finnen wurden mit 38 Abgeordneten zweitstärkste Fraktion und verloren nur ein Mandat. Finnen-Chef Timo Soini drängt denn auch in die Regierung: „Wir sind hier, um zu bleiben." Stubbs konservative Sammlungspartei verlor sieben (37) und die Sozialdemokraten ließen gar acht (34) Mandate.

Größte Sorge der Finnen ist aber nicht Griechenland, sondern die eigene Lage, die sie fast selber zum krisenhaften EU-Peripherieland macht: Nach drei Jahren Rezession und Stagnation ist mit 0,5 Prozent auch die Wachstumsprognose für 2015 nicht berauschend. Die Wirtschaftsleistung liegt fünf Prozent unter der von 2007. Nur die Arbeitslosigkeit (10), das Haushaltsdefizit und die Verschuldung steigen. Wahlsieger Sipilä: „Finnland wieder in Form zu bringen, wird ein ‚Zehn-Jahresprojekt'." H.M.

Bild: action press/Jussi Nukari /Lehtikuva

Demnächst Premier: Juha Sipilä.

Imposant: Blick auf die katarische Hauptstadt Doha. Bild: action press / Neumayr, Franz

Realpolitiker in Riad

Seehofer in Saudi-Arabien und Katar – Große Infrastruktur-Projekte

Riad/Doha – Auf dreitägiger Reise auf die arabische Halbinsel öffnet Ministerpräsident Horst Seehofer für Bayerns Wirtschaft Türen zu einem wichtigen Zukunftsmarkt.

Das war eine große Ehre und Auszeichnung: Am ersten Tag seines dreitägigen Arabien-Besuches wurde Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer in Riad von Saudi-Arabiens erst im Januar inthronisierten König Salman und mehreren seiner Minister empfangen. In Katar begrüßte ihn zwei Tage später Emir Scheich Tamim bin Hamad al-Thani. Katars Energieminister begleitete Seehofer während seines gesamten Aufenthalts in dem Emirat, das mit 11606 Quadratkilometern Fläche nur wenig größer ist als Bayerns Regierungsbezirk Niederbayern.

Eine Begrüßung wie für ein Staatsoberhaupt – im sehr protokollbewussten Riad ist das keine Selbstverständlichkeit und erst recht kein Zufall. König Salman setzte ein bewusstes politisches Zeichen: Mit Horst Seehofer empfing der saudische König eben nicht nur einen von 16 deutschen Ministerpräsidenten, sondern einen Berliner Koalitionspartner, einen Politiker mit Gewicht und Einfluss in der Bundesregierung. Bayern genießt in der arabischen Welt einen hervorragenden Ruf. Aber der Freistaat bringt eben auch politisch besonderes Gewicht auf die Waage – bei Auslandsreisen des CSU-Ministerpräsidenten wird das regelmäßig sichtbar.

Im Vier-Augen-Gespräch mit dem König hat Seehofer auch die Themen Menschenrechte und Religionsfreiheit angesprochen – „in angemessener Form", erläuterte er mitreisenden Journalisten nach dem Gespräch: „Ich möchte keine Schlagzeilen, sondern ich möchte, dass wir durch unser politisches Verhalten den Menschen helfen."

„Saudi-Arabiens Stabilität – das ist für mich ein ganz überragendes Interesse der Realpolitik"
Horst Seehofer

Seehofer wollte nicht als deutscher „Oberlehrer auftreten, gegenüber einem Land mit ganz anderer Geschichte, ganz anderer Kultur, ganz anderem religiösen Hintergrund", sondern „dabei helfen, dass dieses Land sich weiter stabilisiert". Dem Stabilisierungsziel galt auch ein Austausch über mögliche deutsche Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien. Seehofer hält es für richtig, Saudi-Arabien „in verantwortlicher Weise auch mit militärischen Gütern zu helfen". Denn Saudi-Arabien soll Stabilitätsanker bleiben in einer höchst instabilen Region, erläuterte er später: „Das ist für mich ein ganz überragendes Interesse der Realpolitik."

Doch das Thema Rüstung war für Seehofer nur ein zwar wichtiger, aber eben kleiner Nebenaspekt. Die Golfregion ist für Bayerns Wirtschaft ein wichtiger Zukunftsmarkt, weiß der Ministerpräsident. Weit über 700 bayerische Firmen machen Geschäfte mit und in Saudi-Arabien – Dax-Konzerne wie Mittelständler. Riad plant in den nächsten Jahren riesige Investitionen in Infrastruktur und industrielle Großprojekte. Bayerischen Unternehmen winken interessante Aufträge. Mit seiner Reise spielte Seehofer für sie die Rolle des politischen Türöffners: „Im persönlichen Austausch auf hoher politischer Ebene will ich die Handelsbeziehungen bayerischer Unternehmen in die Golfregion unterstützen und für arabische Investitionen in Bayern werben." H.M.

WELT IM BLICK

MURSI VERURTEILT

Kairo – Ägyptens erster demokratisch gewählter Präsident, der Islamist und führende Muslimbruder Mohammed Mursi, ist von einem Kairoer Strafgericht zu 20 Jahren Haft verurteilt worden. Die Staatsanwaltschaft hatte ihm vorgeworfen, im Dezember 2012 befohlen zu haben, mit Gewalt gegen Demonstranten vor dem Präsidentenpalast vorzugehen. Mursi stehen noch vier weitere Verfahren bevor, in denen ihm die Todesstrafe droht. Vor zwei Wochen wurde der Muslimbrüder-Chef Mohammed Badie zusammen mit 13 weiteren führenden Muslimbrüdern zum Tode verurteilt.

KINDER-EHEN IN AFRIKA

New York – In west- und zentralafrikanischen Ländern werden mehr als ein Drittel aller Mädchen verheiratet, bevor sie das 18. Lebensjahr erreicht haben. Das berichtet der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA). Spitzenreiter ist das muslimische Sahelzonenland Niger mit 75 Prozent Kinderbräuten. Dort ist auch Polygamie besonders weit verbreitet, berichtete kürzlich die britische Wochenzeitung *The Economist*. Im Nachbarland Tschad werden 72 und in Guinea 63 Prozent der Mädchen früh verheiratet. Die Zahlen für Zentralafrika, Mali und Burkina Faso sind 61, 55 und 48 Prozent. Im hälftig zwischen Mohammedanern und Christen geteilten afrikanischen Schwergewicht Nigeria – der muslimische Norden grenzt an Niger – werden 39 Prozent der Mädchen früh verheiratet. In den ostafrikanischen Ländern Somalia, Eritrea und Äthiopien werden laut UNFPA-Statistik 45, 47, und 41 Prozent der Mädchen oft viele Jahre vor ihrem 18. Geburtstag in die Ehe gezwungen.

CSU GRUPPE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

AUS DER EUROPAGRUPPE

MOSCOVICI-SKANDAL

EU-Währungskommissar **Pierre Moscovici** rufe förmlich zum Bruch der Europäischen Verträge auf, warnt in Brüssel Schwabens Europaabgeordneter **Markus Ferber** (Bild). Für den Anfang Juni bevorstehenden Parteitag der französischen Sozialisten (PS) in Poitiers hat Moscovici als einer der ersten einen Antrag mitunterzeichnet, der eine neue Art der Krisenpolitik und die Vergemeinschaftung der europäischen Staatsschulden fordert sowie den Weg einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik ablehnt. „Mit diesen Forderungen geht Moscovici in diametrale Opposition zur Politik der Europäischen Kommission und verabschiedet sich vom Stabilitätsgedanken", so die scharfe Kritik von CSU-Finanzexperte Markus Ferber. Für den CSU-Europapolitiker stellt sich die Frage, „wie Moscovici nach solchen politisch derart unangemessenen Äußerungen seiner Rolle als unabhängiger Kommissar noch gerecht werden kann – und ob er das überhaupt will".

Als Kommissar sei Moscovici Mitglied jenes Gremiums, welches über die Einhaltung der Europäischen Verträge zu wachen habe, erinnert Ferber: „Jetzt ruft er förmlich zum Bruch dieser Verträge auf." Außerdem werde in der PS-Entschließung zur „Konfrontation mit der Europäischen Rechten – und insbesondere der deutschen CDU-CSU" aufgerufen. Ferber: „Der Kommissar ist zur parteipolitischen Neutralität verpflichtet. Solche Äußerungen sind inakzeptabel."

LÄNDLICHER RAUM

Als „gute Sache" bezeichnet der agrarpolitische Sprecher der EVP-Fraktion, **Albert Deß** (Bild) die Investitionsoffensive von Kommissionspräsident **Jean-Claude Juncker** zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung durch den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI). Diese Initiative sollte aber unbedingt auch dazu beitragen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft verbessert werde, fordert jetzt der Oberpfälzer Agrarexperte: „Wir benötigen zielgerichtete und effektive Investitionen für den ländlichen Raum, um wirtschaftliches Wachstum in Europas Regionen zu fördern." Dadurch könnten neue Arbeitsplätze geschaffen und der Landflucht Einhalt geboten werden, so Deß.

Notwendig seien Investitionen in der Agrarforschung und zur Stärkung der Infrastruktur, sowie zum Ausbau von Breitbandnetzen und Verkehrsanbindungen in den ländlichen Regionen, erinnert Deß. Das gelte insbesondere für die benachteiligten Gebiete sowie die Randlagen in Europa. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) sei zusammen mit dem EFSI bestens dafür geeignet, gezielte Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums abzuwickeln, so der CSU-Europaexperte: „Die landwirtschaftlichen Programme müssen unbürokratisch umgesetzt werden. Die Gelder sollen für die Stärkung des ländlichen Raums und des europäischen Agrarsektors verwendet werden."

Zur Finanzierung des ehrgeizigen Juncker-Plans ist Deß bereit, auch Agrarmittel abzutreten, „wenn dafür das hochbürokratische und unsinnige Greening in der 1. Säule wieder abgeschafft wird". Deß: „Die Agrarumweltmaßnahmen gehören in die 2. Säule der europäischen Agrarpolitik." Die Mitgliedstaaten müssten jetzt die Chance für eine Korrektur der EU-Agrarpolitik nutzen, „um die Investitionspläne zu verwirklichen und die Landwirtschaft wie auch den ländlichen Raum insgesamt in Europa zu stärken."

Keine Freigabe

Huml gegen Legalisierung von Cannabis

München – „Die Forderung der Grünen nach einer Legalisierung von Cannabis wird durch ständige Wiederholungen nicht sinnvoller“, betonte Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml. „Gegen diesen Schritt sprechen schwerwiegende gesundheitliche Risiken. Insbesondere ein früher Einstieg in den Cannabiskonsum kann dauerhafte Folgeschäden nach sich ziehen.“ Hierzu zählten neben der Abhängigkeits-Gefahr auch langfristige kognitive Beeinträchtigungen und die Erhöhung des Risikos für die Entwicklung einer schizophrenen Psychose sowie weiterer psychischer Erkrankungen. Außerdem könne der Konsum von Cannabis zu Bronchial- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen führen. Das Rauchen von Joints erhöhe auch das Lungenkrebsrisiko deutlich.

Der Dreiklang der Bayerischen Suchtpolitik mit den Elementen Prävention, Suchthilfe und Repression zeige eine nachhaltig positive Wirkung. Die vom „Schildower Kreis“ geforderte Liberalisierung von Cannabis unter staatlicher Aufsicht würde diese Bemühungen und Erfolge konterkarieren. Denn mit der Liberalisierung von Cannabis wäre ein deutliches Anwachsen der damit verbundenen Probleme zu erwarten. Huml weiter: „Richtig ist allerdings das Ziel, dass Schwerstkranke die Kosten für die Cannabis-Einnahme als Medizin von den Krankenkassen erstattet bekommen.“ **BK**

Unvernünftig

Kritik an Gymnasialreform des BLLV

München – Der Lehrerverband BLLV fordert in einem Gymnasialkonzept weniger Prüfungen und Noten, mehr Spaß am Lernen und den Verzicht auf Pflichtprüfungen in Deutsch und Mathematik. Weniger Auswendiglernen, mehr Analyse und Reflexion sowie die Reduzierung des Lehrplans stehen auch im Konzept. Die zwei Kernfächer Deutsch und Mathe zu entwerten, wäre unvernünftig, da immer mehr Schulabgängern Schwächen in Lesen, Schreiben und Rechnen haben, klagt die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft. Mehr Freude am Lernen entsteht zudem durch motivierte und kompetente Lehrer, nicht durch weniger Prüfungen. Ohne Noten zu arbeiten, ist naiv und leistungsfeindlich. Auch der Bayerische Philologenverband kritisierte, Fachinhalte weiter zu beschneiden, sei „kein Beitrag zur Erhöhung der Studier-, Berufs- und allgemeinen Lebensfähigkeit unserer Kinder“.

Kultusminister Ludwig Spaenle begrüßte den Beitrag des BLLV, auch wenn man nicht einer Meinung sei. Die Anhörungen zum Konzept der Staatsregierung, das aus einem umfassenden Dialog mit allen Beteiligten erwachsen sei, hätten gerade erst begonnen. Der von der Grundschule aufbauende Lehrplan Plus soll Kompetenzorientierung mit einer nachhaltigen Wissensvermittlung verbinden. Kompetenzvermittlung sei aber ohne Inhalte unmöglich. **avd**

Empörung über die Empörten

Vorwürfe des „Bündnisses für Flüchtlingsfrauen“ stoßen auf starke Zweifel

München – Heftige Kritik haben Vorwürfe eines Frauenverbandes ausgelöst, wonach sexuelle Übergriffe in der Flüchtlingserstaufnahmeeinrichtung der Münchner Bayernkaserne an der Tagesordnung seien.

Zustände wie in Sodom und Gomorrha? Still ruht die Asylunterkunft der Münchner Bayernkaserne. Bild: avd

Das neu gegründete „Bündnis für Flüchtlingsfrauen“, darunter der Sozialdienst katholischer Frauen, Condrobs, Letra, Imma und das Frauen-Therapie-Zentrum, hatte verkündet, es gebe dort „tagtäglich Vergewaltigungen, sexuelle Gefälligkeiten und Prostitution“. Die stets empörte SPD startete gleich eine Anfrage im Landtag, die Medien berichteten ausführlich. Nur stellte sich dann heraus, dass alles auf Hörensagen beruhte und niemand konkrete Fälle nennen konnte. Man habe die Informationen „zugespitzt“, heißt es aus dem voreiligen Bündnis.

Zweifel äußerten andere Flüchtlingshelfer, Polizei und Behörden. Vertreter der bayerischen Flüchtlingshilfe, der Inneren Mission und des Flüchtlingscafés Jadwiga sprachen nur von vereinzelten Vorfällen mit einer Dunkelziffer. Bayerns Sozialministerin Emilia Müller (CSU) nannte das Vorgehen der Organisationen unverantwortlich. „Nur auf Vermutungen hin darf man so etwas nicht in die Welt setzen.“ Selbstverständlich habe man die Vorwürfe sofort an die Polizei weitergeleitet. Die Münchner Polizei erklärte, dass sich die Vorwürfe bislang „in keinster Weise mit den polizeilichen Erkenntnissen“ decken. Betrachte man alle Asylbewerberunterkünfte, würden sich die Deliktszahlen im normalen Bereich bewegen. 2015 habe es eine Anzeige von Flüchtlingen wegen sexueller Beleidigung gegeben, 2014 aus allen Flüchtlingsheimen in München insgesamt sieben Anzeigen wegen sexuell motivierter Delikte. Dennoch wurden weitere Ermittlungen eingeleitet. Die Staatsanwaltschaft teilte mit, dass es „keine Ermittlungsverfahren wegen Zwangsprostitution oder sexueller Übergriffe im Zusammenhang mit Prostitution aus dem Bereich der Bayernkaserne“ gebe.

Das nährt den rechtsradikalen Bodensatz
Richard Quaas

CSU-Stadtrat Richard Quaas, der in Freimann nahe der Kaserne wohnt, sagt nun, dass die Vorwürfe Flüchtlingen wie Betreuern geschadet hätten. Seine Frau arbeitet bei der „Lighthouse“-Beratungsstelle in der Bayernkaserne. Nach monatelanger Aufbauarbeit sei es gelungen, die Flüchtlinge gut zu betreuen und auch Befürchtungen in dem Viertel über den Flüchtlingsansturm zu zerstreuen. „Nun passiert wieder genau das: Die Nachbarn werden verunsichert“, so Quaas. „Und es nährt den rechtsradikalen Bodensatz.“ Die Flüchtlinge stünden nun im Pauschalverdacht, ihre Einrichtung sei wie „Sodom und Gomorrha“.

Andere Vorwürfe des Bündnisses wies die Regierung von Oberbayern zurück. So gebe es längst die räumliche Trennung von Männern und alleinreisenden Frauen, die ausschließlich in einem Haus untergebracht würden. Im Frauen- und Familienhaus seien die Zimmer seit etwa einem Jahr abschließbar. Dass für die Damentoilettentüren in zwei Häusern der Schlüssel beim Wachpersonal zu holen sei, soll verhindern, dass Frauen dort auf Männer treffen. Quaas regte an, künftig in allen Zimmern der Frauen einen eigenen Toilettenschlüssel zu hängen.

Vermutlich leben in Asylunterkünften Frauen, die Opfer sexueller Gewalt wurden oder sind. Ob sie es in der Heimat, auf der Flucht oder erst in München wurden, weiß niemand. Auch ihre Zahl ist unbekannt.

Unterdessen wurden jetzt wieder 87 rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber aus Mazedonien und Bosnien-Herzegowina in ihre Heimat ausgeflogen. „Die Anerkennungsquote von Menschen aus diesen Balkanstaaten geht geradezu gegen Null“, betonte erneut Innenminister Joachim Herrmann. Daher schaffe man Platz für die wirklich verfolgten und notleidenden Menschen. Denn im März 2015 kamen sechs von zehn Erstantragstellern aus Kosovo, Albanien, Serbien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro. Aus dem Kosovo kamen sogar mehr Asylbewerber als aus dem Bürgerkriegsland Syrien. Sozialministerin Emilia Müller machte auf eine weitere Zahl aufmerksam: „Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge prognostiziert für Bayern in diesem Jahr 45 000 Asylbewerber. Ich rechne eher mit 60 000 Menschen.“ 2014 waren es insgesamt 33 000. **avd**

AUS DER LANDTAGSFRAKTION

CSU FRAKTION IM BAYERISCHEN LANDTAG

KEIN KREUZ

Mit einem Gesetzentwurf wollen laut **Thomas Kreuzer** und **Gerhard Waschler** (Bild) die Landtagsgrünen wichtige Passagen des Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes streichen. „Sie leugnen mit ihrem Gesetzentwurf ganz offen die christlich-abendländische Prägung des Freistaats. Damit ignorieren sie die Lebenswirklichkeit in Bayern“, sagte Fraktionschef Kreuzer. Hintergrund des Entwurfes ist das „Kopftuchurteil“ des Bundesverfassungsgerichts, das eine Vorschrift im Schulgesetz von Nordrhein-Westfalen kippte, nach der Religionen unterschiedlich behandelt wurden. „Das Urteil betrifft nur die Regelung in Nordrhein-Westfalen und hat keine Auswirkungen auf öffentliche Schulen in Bayern“, sagte der Bildungspolitische Sprecher Waschler. „Kopftücher, die als politisches Statement von Lehrkräften verstanden werden, gehören nicht in unsere Schulen“, so Kreuzer. Für die CSU stehe das Wohl der Kinder und der Schulfrieden im Mittelpunkt. „Den Grünen würde es gut stehen, es ebenso zu halten, statt Bayerns Grundwerte durch beliebige Gleichmacherei zu ersetzen.“

GIPFELGESPRÄCH

Zu einem „Gipfelgespräch“ im Landtag trafen sich Politiker mit Vertretern des Technischen Hilfswerks. Wichtige Themen bedürfen der Abstimmung zwischen Politik und Katastrophenschutz, darunter die neuen Anforderungen an den Bevölkerungsschutz, die geänderte Sicherheitslage durch eine kritische Infrastruktur, der G7-Gipfel in Elmau und die unzureichende finanzielle Ausstattung des THW Bayern. Auf Initiative des Abgeordneten **Norbert Dünkel** (4.v.r.), Beauftragter für Feuerwehren und Rettungsverbände, und **Marcus Sperber** (5.v.l.), THW-Ortsbeauftragter in Lauf an der Pegnitz, hat Ministerpräsident **Horst Seehofer** (m.) zu der Runde eingeladen. Er will sich persönlich dafür einsetzen, dass das THW aus seiner strukturellen Unterfinanzierung herauskommt. Unterstützung gab es von allen Teilnehmern, darunter aus dem Bundestag die Landesgruppenvorsitzende **Gerda Hasselfeld** (5.v.r.), der Innenpolitische Sprecher **Stephan Mayer** (r.) und **Stephan Stracke** (l.), zugleich THW-Landesvereinigungsvorsitzender in Bayern. Mit dabei waren auch Innenminister **Joachim Herrmann** (2.v.l.), der Abgeordnete **Florian Herrmann** (nicht im Bild), **Fritz-Helge Voß** (4.v.l.), der THW-Landesbeauftragte für Bayern, **Michael Wüst** (3.v.r.), THW-Ortsbeauftragter aus Freising, **Verena Gros** (Staatskanzlei, 3.v.l.) und **Siglinde Schneider-Fuchs** (THW, 2.v.r.).

Bild: Büro Dünkel/Schwepfinger

VERPFLICHTUNG

„Europa hat eine humanitäre Verpflichtung zum Schutz der Bootsflüchtlinge. Hier müssen alle Mitgliedsstaaten rasch und wirkungsvoll zusammenarbeiten. Nur so können wir verhindern, dass diese Menschen auf See ihr Leben verlieren“, erklärte **Franz Rieger**, Vorsitzender des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten. „Eine verantwortungsbewusste Migrationspolitik fußt auf mehreren Säulen“, so Rieger weiter. „Zum einen ist die Europäische Union in der Pflicht, ihre Grenzen zu sichern und damit illegale Einwanderung in die EU zu verhindern. Eine weitere Säule ist die humanitäre Verpflichtung, den an den Grenzen in Seenot geratenen Menschen zu helfen. Beide Pflichten müssen in Einklang gebracht werden.“ Rieger forderte eine Stärkung der Grenzschutzagentur Frontex, eine verstärkte Zusammenarbeit der EU mit nordafrikanischen Staaten und eine gemeinsame europäische Entwicklungshilfepolitik.

ATTRAKTIVES LAND

Auf Einladung des Abgeordneten **Eric Beißwenger** (l.) nahmen 25 hochrangige Vertreter aus Allgäuer Mittelstandsbetrieben, der Hotellerie sowie der heimischen Finanzwirtschaft, an einem Treffen im Sport- und Kurhotel Sonnenalp in Ofterschwang mit Finanz- und Heimatminister **Markus Söder** (r.) teil. „Es gilt, die Attraktivität auf dem Land weiter zu erhöhen“, so Söder. Der Breitbandausbau sei dafür zwingend, gerade für den Tourismus. Ein weiteres Problem sei der von der SPD verschuldete Mindestlohn, so Beißwenger, der Zöllner zwinge, Angestellte wie Kriminelle zu behandeln. Gelobt wurde dagegen der reduzierte Mehrwertsteuersatz für Hotellerie und Gastronomie.

Bild: Büro Beißwenger

Gemeinden wollen Planung selbst regeln

Kommunen-Vertretungen fordern mehr Mitsprache bei der Landesentwicklung

München – Das neue Landesentwicklungsprogramm (LEP) von Finanzminister Markus Söder wird von Gemeinde- und Landkreistag begrüßt, aber „die starren Vorschriften sollten gelockert werden".

Bild: waldkraiburg.de / fkn

Die Kommunen wollen Gewerbegebiete – wie hier in Waldkraiburg – selbst ausweisen dürfen.

Das LEP legt die Grundregeln fest, wie die Politik planerisch mit dem Land umgeht. Söder setzt auf den Ausbau von Gewerbezonen an Ausfahrten von Autobahnen und vierspurigen Bundesstraßen. Arbeitsplätze hätten Vorrang und seien gut für die Entwicklung in Krisenregionen, sagte Söder. Allerdings werde es keine Auswüchse geben. „Wir wollen keine Zersiedelung Bayerns." Deswegen werde es auch nur zusätzliche Erlaubnis für Gewerbe- und Handwerksbetriebe oder auch für Freizeit- und Tourismuseinrichtungen geben. „Wir werden keine Schuhmarkt- und Möbelmarktdiskussion haben", sagte Söder. Die jeweils letzte Entscheidung hätten örtliche Politiker und die Bürger und nicht die Ministerialbürokratie, kündigte Söder an. Erleichtern wolle er vor allem auch Ansiedlungen im Grenzland zu Tschechien, wo Unternehmen relativ aggressiv abgeworben würden. Es gehe dort um ein bisschen mehr Waffengleichheit.

Gemeindetagspräsident Uwe Brandl bezeichnete Söders Pläne als Schritt in die richtige Richtung, wünscht sich aber eine noch liberalere Handhabung für die Kommunen. Die Ausweisung von Gewerbegebieten solle überall dort möglich sein, wo eine geeignete Infrastruktur vorhanden sei. Brandl: „Wenn die starren Vorschriften des Landesentwicklungsprogramms zu Gunsten der Gemeinden und Städte gelockert würden, wäre das sehr zu begrüßen. Vor allem das strikte Anbindegebot schnürt bislang die planerische Gestaltungsfreiheit der Kommunen unnötig ein. Auch wir wollen keine Zersiedelung der Landschaft und Einzelhandelsgroßprojekte fernab der Städte und Gemeinden. Aber im Rahmen der Bauleitplanung muss den Kommunen die Planung von Gewerbegebieten und die Errichtung von Betrieben gestattet werden." Brandl bot der Bayerischen Staatsregierung an, in einen konstruktiven Dialog zur Fortentwicklung des Landesentwicklungsprogramms zu treten.

Zustimmung für das neue LEP kommt auch vom Landkreistag. „Im Interesse der Weiterentwicklung der benachteiligten Gebiete sind größere Freiräume zur Ansiedlung von Gewerbebetrieben und zur Schaffung von Arbeitsplätzen notwendig. Die Staatsregierung befindet sich auf dem richtigen Weg, wenn sie das Anbindegebot lockert und den Kommunen mehr Freiräume bei ihren Planungsentscheidungen einräumt", sagte der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter.

Der Schutz der Landschaft sei den Landräten seit jeher ein besonders wichtiges Anliegen. Deshalb bestehe auch Verständnis dafür, in sensiblen Landschaftsbereichen Eingriffe zum Beispiel durch überregionale Verkehrs- bzw. Leitungsplanungen durch das Landesentwicklungsprogramm auszuschließen. Wünschenswert wäre nach Bernreiters Worten, mehr Entscheidungsbefugnisse in der Landesentwicklung auf die Landratsämter herabzuzonen. „Die Kommunalpolitik vor Ort weiß selbst am besten, womit sie die regionale Wirtschaft stärken und Arbeitsplätze schaffen kann, ohne unverhältnismäßig in die Landschaft einzugreifen." OP

Gegen Tunnel und Straßenbahn

Starnberg/Erlangen – In zwei äußerst knappen Urnengängen haben die Bürger gegen wichtige Infrastrukturprojekte gestimmt: In Starnberg (Wahlbeteiligung 48 Prozent) wurde der Plan einer Untertunnelung der B 2 im Stadtgebiet abgelehnt. Jetzt muss die Umfahrungsvariante im Nordosten der Stadt geprüft werden.

Bei einem Bürgerentscheid im Landkreis Erlangen-Höchstadt (Wahlbeteiligung 34 Prozent) hat eine Mehrheit den Bau der Straßenbahn von Nürnberg nach Erlangen und Herzogenaurach abgelehnt. Damit ist unklar, wie es mit dem Straßenbahnprojekt weitergeht, das den Norden des Großraums Nürnberg an die Frankenmetropole anschließen soll. Im Gespräch ist nun ein Bussystem, das den gesamten Landkreis besser mit Erlangen und Nürnberg verbindet. OP

IHR HEIMSPIEL

Haben Sie interessante Meldungen für diese Seite? Schreiben Sie uns!

Bayernkurier – Die Kommunen –
Nymphenburger Str. 64
80335 München
eMail: kommunen@bayernkurier.de

BAYERNKURIER

Das Monatsmagazin

SONDERAKTION
Aus 12 wird 15!

Wenn Sie sich bis 30. Juni für ein zwölfmonatiges Abonnement entscheiden, verlängern wir kostenlos auf 15 Monate. Sie erhalten also drei Abo-Monate geschenkt!

Liebe **BAYERNKURIER**-Leserinnen und Leser, liebe Abonnenten!

An dieser Stelle möchten wir uns bei Ihnen für Ihre Treue in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten herzlich bedanken! Der **BAYERNKURIER** wurde am 3. Juni 1950 von Franz Josef Strauß ins Leben gerufen, heuer feiert er sein 65-jähriges Bestehen. Das Jubiläum ist aber gewiss kein Grund, sich in den Ruhestand zu verabschieden – ganz im Gegenteil! Es ist der Startschuss für den Aufbruch des Traditionsblattes in das digitale Zeitalter.

Der **BAYERNKURIER** hat einen intensiven Reformprozess begonnen und wird sich ab Ende Mai 2015 auf **www.bayernkurier.de** mit einem tagesaktuellen Onlineangebot sowie einem gedruckten Monatsmagazin präsentieren. Die durch das Internet hervorgerufene „Revolution der Medien" stellt alle Verlagshäuser vor enorme Herausforderungen und macht auch vor dem **BAYERNKURIER** nicht Halt. Die anstehenden Veränderungen sind unausweichlich, um in Zeiten des rasanten Medienwandels zukunfts- ja sogar überlebensfähig zu bleiben.

Mit unseren beiden neu konzipierten Medien werden wir Sie auch weiterhin zuverlässig mit dem Wichtigsten aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Kultur versorgen – dann sogar noch aktueller und tiefgründiger. Das Internet bietet die große Chance, schneller auf die aktuellen Ereignisse reagieren und Sie damit noch besser informieren zu können. Das neue Magazin wird in gedruckter Form erscheinen und noch mehr Raum zur inhaltlichen Vertiefung und Erklärung bieten.

Am 29. Mai wird der **BAYERNKURIER** erstmals als hochwertiges Monatsmagazin erscheinen und sich unter anderem intensiv mit dem G7-Gipfel im oberbayerischen Elmau und den dort diskutierten Themen beschäftigen. Zudem werden wir gebührend auf 65 Jahre **BAYERNKURIER** zurückblicken.

Wichtig: Für Sie als **BAYERNKURIER**-Abonnent ändert sich durch die Umstellung nichts – wenn Sie möchten, läuft Ihr Abonnement wie gewohnt weiter. Statt der Wochenzeitung erhalten Sie ab dem 29. Mai automatisch unser hochwertiges Monatsmagazin. Sie können aber auch an unserer Sonderaktion teilnehmen: Bei Abschluss eines Jahresabonnements bis Ende Juni erhalten Abonnenten und Neukunden drei Abo-Monate kostenlos. Bei Fragen steht Ihnen unser Leserservice unter der Telefonnummer 089 / 12 00 41 55 gerne zur Verfügung

Wir würden uns sehr freuen, Sie als dauerhaften Leser unseres Monatsmagazins gewinnen zu können!

Mit herzlichen Grüßen,
Ihr Team des **BAYERNKURIER**

○ Ja, ich bin und bleibe **BAYERNKURIER**-Abonnent! Hiermit verlängere ich mein bestehendes Abo um ein Jahr und erhalte für meine Treue drei Abo-Monate geschenkt.

○ Ja, ich bin bislang kein **BAYERNKURIER**-Abonnent und will von Anfang an dabei sein! Hiermit abonniere ich das neue **BAYERNKURIER**-Monatsmagazin ab 29. Mai 2015.

○ Jahresabonnement für 75,- Euro (Laufzeit 15 Monate)

○ ermäßigtes Jahresabonnement für 40,- Euro für Schüler, Studenten und Rentner (Bitte entsprechenden Nachweis beilegen!)

○ Ich möchte gegen Rechnung bezahlen

○ Ich möchte per Bankeinzug bezahlen (Bitte Kontodaten angeben!)

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse

Geldinstitut, IBAN/BIC oder Konto/BLZ

Unterschrift, Datum

Bitte füllen Sie diesen Antrag aus und schicken Sie ihn an: BAYERNKURIER Leserservice, Postfach 200563, 80005 München
Oder per Fax an 089 / 12 00 41 33 Oder per Mail an vertrieb@bayernkurier.de

Widerrufsrecht: Die Bestellung kann innerhalb von 14 Tagen nach der Bestellung ohne Angabe von Gründen widerrufen werden. Abonnements können schriftlich mit einer Frist von vier Wochen zum Ende der Vertragslaufzeit gekündigt werden. Ohne Kündigung verlängern sich die Abonnements automatisch um ein Jahr.
Das Jahresabonnement enthält elf BAYERNKURIER-Magazine.

Harte Strafen nötig

Von Wolfram Göll

Mehr als 150 Polizisten und zwei Feuerwehrleute wurden verletzt, als ein linksextremistischer Mob in Frankfurt randalierte. 60 Dienstfahrzeuge wurden ramponiert, viele davon brannten aus. Anlässe und Namen der linksextremistischen Gruppen sind austauschbar, Mitte März versammelten sie sich unter dem Namen „Blockupy“ gegen die Einweihung des Gebäudes der Europäischen Zentralbank.

Bild: Marcus Golejewski/action press

Linker Gewalttäter.

Bisher hatten linke Verharmloser stets argumentiert, das Strafrecht reiche schon aus, um diesen Verbrechern Herr zu werden. Aber diese Rechnung stimmt nicht. Wer nämlich die Repräsentanten des Staates angreift, Polizeibeamte, Feuerwehr- und Rettungskräfte körperlich angeht, ihre Fahrzeuge anzündet, der will zum einen das Gewaltmonopol des Staates lächerlich machen. Und: Er geht direkt gegen das Leben, gegen die körperliche Unversehrtheit seiner Mitmenschen vor. Welchen Sinn haben denn die Einsätze? Feuerwehr- und Rettungskräfte sollen ausschließlich Leben schützen, die Polizei tut dasselbe durch Abwehr von Gewalttätern.

Bemerkenswert, dass nun sogar die Grünen aufwachen und gemeinsam mit dem hessischen Koalitionspartner CDU über den Bundesrat eine Verschärfung der einschlägigen Gesetze anstreben. Mit einem „Schutzparagraphen 112“ sollen Angriffe auf Repräsentanten der öffentlichen Ordnung besonders hart bestraft werden – bis zu zehn Jahre Haft drohen dann. Vielleicht ist bei den Grünen doch noch nicht endgültig Hopfen und Malz verloren.

Die Boote wegnehmen

Von Heinrich Maetzke

Wenn die altehrwürdige Londoner Tageszeitung *The Times* (seit 1786) dies zum Flüchtlingsdrama auf dem Mittelmeer schreibt, dann darf man es sicherlich zitieren, ohne ein böser Mensch zu sein: „Die EU-Minister müssen ernsthaft den Einsatz von Gewalt prüfen, um Schiffe im Hafen zu zerstören, bevor sie ihre menschliche Fracht aufnehmen.“

Europäische Dienste und Behörden wissen genau, von welchen immer gleichen Stränden und Häfen auf der anderen Seite des Mittelmeers die schrottreifen Boote und Kähne mit ihren Flüchtlingsladungen ablegen. Die Europäer haben auch die Aufklärungsmittel, um früh zu erkennen, wenn ein Boot herangeführt und eine Flüchtlingsfahrt vorbereitet wird. Es wäre sicher möglich, die Kähne rechtzeitig zu zerstören.

Das wäre besonders wirksam, weil die Flüchtlingsboote und Kähne knapp werden. Schon zweimal haben bewaffnete Schleuser jüngst Flüchtlingskähne gekapert und entführt, nachdem Retter die Flüchtlinge an Bord genommen hatten. Es ist ganz einfach: Ohne Boote keine gefährliche Fahrt übers Mittelmeer. Wenn die Europäer Flüchtlingsboote etwa an libyschen Stränden zerstören, retten sie viele Leben.

Die Maß ist voll

Von Andreas von Delhaes-Guenther

Einer der größten Irrtümer von Sozialdemokraten, Sozialisten und sonstigen Linken ist der Glaube daran, dass der Staat alles regeln kann und muss. Und sie wollen auch bis heute nicht wahrhaben, dass diese Staatsgläubigkeit bisher jedes Mal in den Abgrund geführt hat – nicht nur, aber besonders in der Wirtschaft. Wie die Münchner Montagsdemonstration der Gastronomen gezeigt hat, erstickt der überbordende Staat nicht nur jede Eigeninitiative und -verantwortung der Menschen, sondern ganze Branchen. Denn staatlichen Behörden wohnt der Dokumenten- und Formularbetrieb inne, und alles bitte in dreifacher Ausfertigung. Dann wird angeordnet, dass die Unternehmer diesen wachsenden Dokumentenberg auch noch so und so viele Jahre aufbewahren müssen. So mancher Großbetrieb braucht dafür vermutlich schon Lagerhallen.

Mindestlohn und die zum Glück vorerst gescheiterte Arbeitsstättenverordnung, das sind nur zwei der Projekte der weit links anzusiedelnden SPD-Arbeitsministerin Andrea Nahles. Der Grund ist ziemlich klar: Sie hat nie etwas anderes als Politik gemacht, wie sollte sie also die Realität in den Unternehmen kennen? Ein Gesetz ist leider nie beschlossen worden: Dass Politiker eine gewisse Anzahl von Berufsjahren vorweisen müssen, um in ein Parlament oder Amt gewählt zu werden. Das träfe alle Parteien, wäre aber gewiss nicht zum Schaden dieser Republik.

> **Nahles Pläne waren weit mehr als der Tropfen, der die Maß bei den Wirten zum Überlaufen gebracht hat**

Nahles Pläne waren weit mehr als der Tropfen, der die Maß bei den Wirten zum Überlaufen gebracht hat. Der Mindestlohn ist lebensfremd ausgestaltet und deshalb ein echtes Bürokratiemonster. Hinzu kommen aber schon seit Jahren viele weitere Verordnungen, zuletzt die Lebensmittelinformations-Verordnung der EU, die seit Ende 2014 gilt. Seitdem müssen Gastronomen und Hoteliers ihre Gäste verpflichtend über allergene Zutaten und Stoffe in ihren Gerichten informieren. Dies ist grundsätzlich nicht falsch, da die Zahl der Lebensmittelallergiker immer weiter steigt. Allein in Deutschland sind 800 000 Kinder und 900 000 Erwachsene davon betroffen. Aber auch hier muss man fragen, in welchem Maße man Gastronomen mit diesen insgesamt 26 allergenen Stoffen belasten muss. Viele kleine Betriebe, die es gerade in Bayern gibt, sind damit zeitlich und personell heillos überfordert – und nicht etwa „zu blöd“ oder „Gauner“, wie jüngst SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi das völlig verzerrte Unternehmerbild ihrer Partei beschrieb. Aber auch größere Wirtshäuser und Gastronomiebetriebe, die täglich wechselnde Gerichte anbieten, kommen dadurch in Schwierigkeiten.

Sicher ist: Die Union sollte sich künftig mehr Zeit bei der Prüfung der SPD-Ideen lassen. Etwa so, wie sich die SPD bei Maut und Vorratsdatenspeicherung Zeit gelassen hat.

Berufs-Pendler Zeichnung: Tomicek

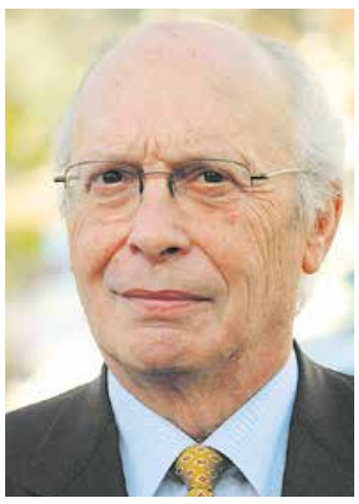
DER STANDPUNKT

Andreas Scheuer, Generalsekretär der CSU

Die CSU-Vorstandsklausur in Kloster Andechs an diesem Wochenende sendet eine klare Botschaft: Keine andere Partei verkörpert das bayerische Lebensgefühl so gut wie die CSU. Auf dem „Heiligen Berg“ in Andechs beschäftigen wir uns mit Kultur, Tradition und Brauchtum unserer bayerischen Heimat, mit der Bewahrung der Schöpfung sowie mit Solidarität und sozialer Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Das ist unser geistiges Fundament. Denn die Wurzeln unserer politischen Ausrichtung sind konservativ, christlich, sozial, liberal und ökologisch.

Unsere „Koalition mit den Bürgern“ funktioniert. In Umfragen bekommen wir sehr erfreuliche Zustimmungswerte. Aktuell liegt die CSU bei 48 Prozent, ist also noch stärker als bei der erfolgreichen Landtagswahl 2013. Dieser Rückenwind aus Bayern stärkt uns bei der politischen Arbeit in den nächsten Monaten. Gleich am Sonntag nach der Vorstandsklausur in Kloster Andechs geht es in Berlin weiter: Unser Parteivorsitzender Horst Seehofer wird beim Koalitionsausschuss von CDU, CSU und SPD wieder knallhart bayerische Interessen vertreten. Damit auch weiterhin jeder sieht: „CSU = Bayern“. Diese Gleichung ist das Erfolgsrezept für die Menschen in Bayern.

ZU GAST IM BAYERNKURIER



Hartmann Gallmetzer war Generalsekretär der Südtiroler Volkspartei (SVP). Bild: BK

Matteo Renzi fest im Sattel

Reformerfolge und wirtschaftliche Hoffnungen – Von Hartmann Gallmetzer

Der Chef der italienischen Chaos-Opposition „Cinque Stelle“ (Fünf Sterne), Beppe Grillo, Entertainer, Marktschreier und Hofnarr, hat am Montag bekannt gegeben, dass der Name des derzeitigen Regierungschefs Matteo Renzi in Zukunft von seiner Bewegung nie mehr genannt werden wird. Renzi soll damit für die Grillo-Anhänger zur Nicht-Person werden.

Grillos Bewegung, seit den letzten Parlamentswahlen mit über 20 Prozent der Stimmen zweitstärkste Kraft im Staat, hat inzwischen arg abgewirtschaftet: Fast täglich laufen ihr Abgeordnete und Senatoren davon und schließen sich „normalen“ Parteien an. Die Öffentlichkeit hat dieses Theater ziemlich satt. Grillo hat jede Glaubwürdigkeit verloren.

Genau das Gegenteil ist bei Matteo Renzi der Fall. Der Regierungschef geht trotz mancher interner Schwierigkeiten seiner Partei, der Linksdemokraten (PD), unbeirrt den Weg der Reformen und einer glaubwürdig neuen Politik weiter und hat Erfolge aufzuweisen, die ihn ohne jeden Zweifel zum starken Mann machen. Er hat ein neues Arbeitsgesetz durchgefochten, eine längst überfällige Wahlreform auf den Weg gebracht und, was von der Bevölkerung besonders positiv wahrgenommen wird, in Italien auch im Wirtschaftsbereich neuen Optimismus geweckt. Die Zahlen bestätigen es. Laut dem dieser Tage von der Regierung verabschiedeten Drei-Jahres-Programm der wirtschaftlichen Entwicklung (DEF) wird das Bruttoinlandprodukt 2015 um 0,7 Prozent, im nächsten Jahr um 1,4 Prozent und 2017 um 1,5 Prozent steigen. Das Haushaltsdefizit bleibt erheblich unter der Grenze von 3 Prozent des BIP.

Was noch ins Auge fällt: Italiens Volkswirtschaft zeigt verstärkt Bereitschaft, anstelle der zeitlich begrenzten Anstellungen vermehrt Arbeitsplätze von unbefristeter Dauer anzubieten und damit vor allem der Jugend Perspektiven auf eine effektive Lebensplanung zu bieten.

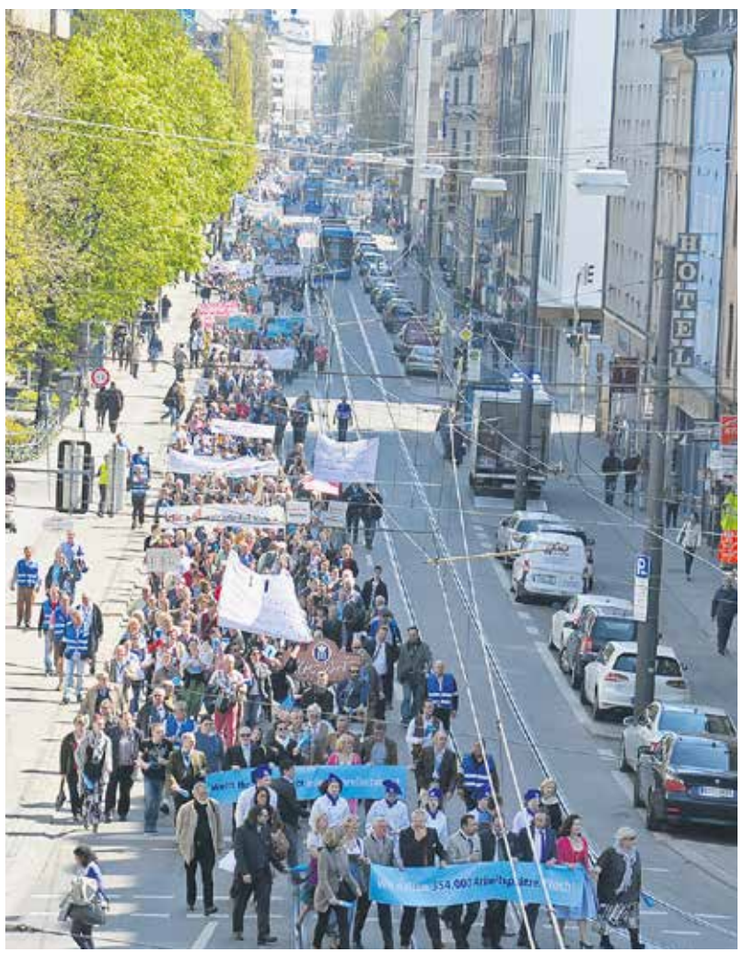
Es mag zwar nicht alles pures Gold sein, was Premier Renzi den Menschen zeigt. Aber wahr ist, dass er Optimismus ausstrahlt und Verlässlichkeit vermittelt. Die Reformen werden weitergehen, die Legislaturperiode scheint einen ganz normalen Verlauf zu nehmen.

Ähnlich wie bei Grillo verliert auch der Stern des Mitterechts-Medienmoguls und langjährigen Regierungschefs Silvio Berlusconi an Glanz und steuert unaufhaltsam dem Untergang entgegen. Berlusconi wird im nächsten Jahr 80, seine Bewegung „Forza Italia“ altert wie ihr Chef. Es könnte sein, dass die Gemeinde- und Regionalwahlen Ende Mai ein endgültiges politisches Urteil über den mehrfach verurteilten Berlusconi sprechen. Das Mitte-Rechts-Lager gleicht in der Tat einem Scherbenhaufen, was der Regierungskoalition um Matteo Renzi freilich das Leben leichter macht. Brutal gesagt: Berlusconi ist Vergangenheit, Renzi ist Zukunft, und das braucht Italien.

Hilferuf aus der Zwangsjacke

Bayerische Gastronomen protestieren gegen überbordenden Bürokratiewahnsinn – 500 Betriebe schließen jährlich

München – Über 5000 Hoteliers und Gastronomen sind am Montag in München auf die Straße gegangen, um gegen Bürokratie- und Dokumentationswahnsinn zu protestieren. Die CSU kämpft an ihrer Seite.



Wirteprotest: 5000 demonstrieren gegen Verordnungsflut. Bilder: Dehoga (3)

„Die Demonstration ist ein Hilferuf der Branche, denn eine immer größer werdende Verordnungslawine zieht immer mehr Betrieben den Boden unter den Füßen weg“, betonte Ulrich Brandl, Präsident des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA. Ursache für die „Zwangsjacke Bürokratie“ seien die immer höher werdenden Anforderungen an die Branche, insbesondere die Dokumentationspflichten der Allergenkennzeichnung und beim Mindestlohn. „Wir wollen für unsere Gäste da sein, statt Formulare ausfüllen“, so Brandl weiter. „Wenn 5000 von uns auf den Straßen sind, dann sind ein paar Dinge korrekturbedürftig!“

Die jüngste Kritik von Bayerns Arbeitsministerin Emilia Müller an dem von der SPD erschaffenen Bürokratiemonster: „Das Mindestlohngesetz ist Ausdruck einer Misstrauenskultur gegenüber der Wirtschaft. Es ist überfrachtet mit Bürokratievorschriften und muss entschlackt werden.“ Und die vorerst verschobene Arbeitsstättenverordnung nannte DEHOGA-Landesgeschäftsführerin Claudia Heim „völlig lebensfremde Vorgaben“, die „einmal mehr immense neue Bürokratie und in vielen Betrieben auch massive Umbau- und Nachrüstungskosten“ nach sich ziehen würden. Wirtschaftsministerin Ilse Aigner, Handwerkskammerpräsident und Stadtrat Georg Schlagbauer sowie der Landtagsabgeordnete Klaus Holetschek, zugleich Präsident des bayerischen Heilbäderverbandes und Vorsitzender des Tourismusverbandes Allgäu-Bayerisch-Schwaben, unterstützten darum die Gastronomen auf ihrem Weg vom Odeonsplatz zur Theresienwiese. Später stießen noch die Abgeordneten Martin Huber, Norbert Dünkel und Manfred Ländner dazu.

Wollen Sonntags arbeiten: Mitarbeiter, Köche und Wirte.

Das Gastgewerbe wird schon seit Jahren mit einer Flut von Vorschriften überzogen. Ob für Hygienekontrollen, Brandschutz, den Wareneingang, die Desinfektion von Geräten und Schränken oder die Kasse: Beinahe für jeden Vorgang in den Gaststuben und ihren Küchen müssen Formulare ausgefüllt werden. Die Folge des Aufwands: „Immer mehr Betreiber denken ans Aufhören, Betriebsnachfolger können nicht mehr gefunden werden, so dass Geschäftsaufgaben vorprogrammiert sind“, warnt Brandl. „Wer will das denn auch seinen Kindern antun?“ Schon jetzt würden in Bayern jährlich 500 Wirtshäuser in den ländlichen Regionen „für immer die Stühle hochstellen“, so Brandl. Das werde viel zu wenig zur Kenntnis genommen. Als Beispiel erklärt Brandl dem *Bayernkurier*: „Wussten Sie, dass in einem Fleischpflanzerl 14 von insgesamt 26 allergenen Stoffen sind?“ Und die müssen alle aufgeführt werden. 27 Ordner allein für die Allergenkennzeichnung gebe es in seinem 140-Mann-Betrieb. „Da braucht der Koch ja Stunden, bevor er zum Kochen kommt“, ärgert sich Brandl.

Nicht anders die Aufzeichnungspflicht beim Mindestlohn: „Kleine Fehler und man rutscht als Wirt ganz schnell in die Illegalität“, so der DEHOGA-Chef. Es müsse reichen, wie in der Münchner Erklärung der Bayerischen Wirtschaft verabschiedet, Pausen und Gesamtarbeitszeit zu dokumentieren. Bei geringfügig Beschäftigten müsse diese Pflicht ganz gestrichen werden. „Die wollen doch in kurzer Zeit etwas verdienen, wie bei Hochzeiten oder in den zwei Wochen auf der Wiesn. Die wollen gar keine normale Arbeitszeit!“ Die Höchstarbeitszeit pro Tag werde aber natürlich überschritten. Als „logische Grenze“ für die Dokumentationspflicht nennt Brandl 1900 Euro Monatsverdienst. Wer mehr verdiene, erhalte ohnehin keinen Mindestlohn mehr.

Dabei gilt das Gastgewerbe als eine Visitenkarte des Freistaats. „In aller Welt stehen bayerische Schmankerl und in Gasthäusern gelebte Herzlichkeit als sympathisches Synonym für Bayern, ja für ganz Deutschland“, macht der Hotel- und Gaststättenverband klar und verweist auf 560 000 Menschen, die im Freistaat vom Tourismus leben, 354 000 davon in Hotellerie und Gastronomie. Im bayerischen Tourismus arbeiteten mehr Menschen als bei BMW und Audi weltweit. „Wenn aber einer dieser Konzerne hüstelt, springen alle“, meint Brandl. Es stehe außer Frage, dass Arbeitszeiten aufgezeichnet werden müssten, das mache er schon seit Jahren. „Doch der jetzt geforderte Aufwand schießt weit über das Ziel hinaus“, betont Brandl. „Denn wann soll man nach all dieser Dokumentationsflut eigentlich noch kochen, Gäste bewirten und dabei lächeln?“ In einer Branche, die sich in hohem Maße durch kleine, familiengeführte Betriebe auszeichnet, könne man diese Bürokratie nicht erfüllen: „Man kann doch nicht allen alles überstülpen!“ Zudem hätten die Betriebe erfahren, dass für Vereine oder gemeinnützige Organisationen großzügige Ausnahmen gelten.

Wie mehrfach berichtet, setzen sich Wirtschaftsministerin Ilse Aigner und der Vorsitzende der CSU-Mittelstandsvereinigung MU, Hans Michelbach, für ein entschlossenes Umsteuern beim Mindestlohngesetz ein. „Wir werden darauf achten, dass sich das Unternehmerzerrbild der SPD nicht weiter in praktischer Politik niederschlägt. Arbeitgeber sind nicht die Gegner der Arbeitnehmer, sondern deren Partner“, so Aigner jüngst. **jvr/avd**

Kämpfen vereint (v.l.): Ralf Barthelmes, Angela Inselkammer (Vizepräsidentin Dehoga Bayern), Ernst Fischer (Präsident Dehoga-Bundesverband), Ulrich N. Brandl (Präsident Dehoga Bayern), MdL Klaus Holetschek, Stefan Wild, Thomas Förster (Vizepräsident Dehoga Bayern), MdL Jutta Widmann, Claudia Heim (Dehoga-Landesgeschäftsführerin) und Monika Poschenrieder.

Weiteres Wachstum

München – Die bayerische Wirtschaft wächst und mit ihr die bayerischen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften. Sie stellten jüngst ihre Bilanz für das Jahr 2014 vor und vermeldeten eine „insgesamt solide Geschäftsentwicklung“. Demnach steigerten die 750 ländlichen und 213 gewerblichen Genossenschaften sowie die vier Zentralen und 67 Kreditgenossenschaften ihren Umsatz um 2,7 Prozent auf 12,19 Milliarden Euro. Das Ergebnis vor Steuern lag mit 191,68 Millionen Euro jedoch unter dem Vorjahreswert von 220,2 Millionen Euro. Der Rückgang sei unter anderem auf die zum Jahresende hin rückläufigen Margen in der Milchwirtschaft zurückzuführen, teilte der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) mit.

60 Prozent der gesamten bayerischen Milchmenge gehen laut GVB entlang der Wertschöpfungskette durch genossenschaftliche Hände. Trotz rückläufiger Spotmarktpreise konnten die 163 Milchgenossenschaften im Freistaat 2014 ihren Umsatz steigern (plus 2,3 Prozent). Auch mit dem Ende der EU-weiten Milchquote am 1. April dieses Jahres erwartet der GVB keine gravierenden Marktverwerfungen. Die niedrigen Milchpreise würden einer starken Überproduktion entgegenwirken, erklärte GVB-Vorstandsmitglied Alexander Büchel. Er sieht keine Veranlassung für Sonderregelungen zur Abrechnung der so genannten Superabgabe: „Die Rahmenbedingungen jetzt zu ändern, schafft nur Unsicherheit beim Übergang von der Milchquote zur freien Marktwirtschaft.“ Der GVB hält die Zukunftsaussichten auf dem Milchmarkt insgesamt für positiv: Der Export in Länder außerhalb der EU werde weiter zunehmen. Allerdings sei mit stärkeren Schwankungen des Milchpreises zu rechnen, heißt es bei den Genossenschaften. **jvr**

RENTE MIT 63

München – Die Rente mit 63 verschärft den drohenden Fachkräftemangel in Bayern. Diese Befürchtung untermauert die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) nun mit einer Auswertung der jüngsten Statistik der Bundesagentur für Arbeit. So sei die Zahl der sozialversicherungspflichtigen 63- bis 65-jährigen Beschäftigten im Freistaat im dritten Quartal 2014 um 3200 auf 63 500 gesunken, teilt die Vereinigung mit. Die Vorruhestandsregelung „macht damit die Erfolge der vergangenen Jahre zunichte, ältere Beschäftigte zu halten“, erklärt vbw-Chef Bertram Brossardt. „Die Rente mit 63 ist genau die falsche Antwort auf den demografischen Wandel.“ **jvr**

Das Bayreuther Erfolgsmodell

Das Fraunhofer-Zentrum für Hochtemperatur-Leichtbau bringt Wirtschaft und Wissenschaft zusammen

Bayreuth – Wie können strukturschwache Regionen gefördert werden? Das Anfang 2012 gegründete Fraunhofer-Zentrum für Hochtemperatur-Leichtbau (HTL) ist ein Beispiel. Es bringt mit Tatkraft und Erfindergeist den Standort Oberfranken voran.

„Das Bayreuther Zentrum beweist die Erfolgsformel: Wissenschaft plus Wirtschaft ergibt Wohlstand. Hochtemperatur-Leichtbaumaterialien werden zukünftig immer mehr zu den Materialien der Wahl gehören, denn reduzierte Bauteilgewichte sind essentiell, um Energie und Kosten zu sparen“, sagt Prof. Gerhard Sextl, Leiter des Fraunhofer Instituts für Silicatforschung (ISC) in Würzburg, des Mutterinstituts des HTL.

Das HTL in Bayreuth forscht und entwickelt neue, hitzebeständige keramische Materialien, die bei Prozessen mit sehr hohen Temperaturen – etwa in der Metall- oder Glasindustrie – den Energieverbrauch senken. Sextl: „Gerade durch die enge Zusammenarbeit mit der Universität Bayreuth und den Keramik-Unternehmen in der Region können wir unserem Fraunhofer-Auftrag, klein- und mittelständische Unternehmen in ihren Entwicklungen zu unterstützen, standortnah realisieren.“

Weil dieses Konzept bestens funktioniert, will der Freistaat in den nächsten Jahren rund 32 Millionen Euro investieren. Die Zahl der Mitarbeiter wird sich von 30 auf 60 verdoppeln. Ziel ist ein eigenständiges Fraunhofer-Institut in Bayreuth.

Grund für diese Expansion ist nach Meinung des HTL-Leiters, Friedrich Raether, dass das HTL genau da forsche und entwickle, wo in Zukunft der größte Bedarf bestehe: in der Ressourcenschonung und in der Energieeffizienz. Raether: „Die Hochtemperaturprozesse in der Eisen- und Glasindustrie schlucken jährlich elf Prozent des gesamten Energieverbrauchs in Deutschland. Die Energieeffizienz in diesen Industrien liegt bei drei Prozent.“

Bild: HTL / fkn

HTL-Entwicklung: Keramikfasern mit 10 Mikrometern Durchmesser.

Das HTL habe daher das Ziel, Werkstoffe und Komponenten für die Energie-, Antriebs- und Wärmetechnik zu entwickeln, die insbesondere bei hohen Temperaturen eingesetzt werden können. **Peter Orzechowski**

Ein Plädoyer für mehr Vielfalt

Tagung zur Problematik der Islamberichterstattung in den Medien

Erlangen – Wie viele verschiedene Richtungen des Islam gibt es, warum bekämpfen sich Menschen derselben Glaubensrichtung vehement und was, warum und wie berichten die Medien darüber – es war eine wechselhafte Diskussion verbunden mit einem Plädoyer für mehr Vielfalt und einen genaueren Blick. Zwei Tage nahmen Journalisten und Wissenschaftler in Erlangen die Islamberichterstattung in den Medien in den Blick.

Das schwierige Thema Islam: Einige Zeitschriftencover der jüngeren Vergangenheit. Bild: kni

Medien tragen zum gesellschaftlichen Diskurs über den Islam bei. Oft ist das gezeichnete Bild eines, das einseitig ist und verzerrt. „Wenn wir über den Islam sprechen, müssen wir uns auf eine andere Ebene begeben“, sagt Maha El Kaisy-Friemuth, Professorin für Islamisch-Religiöse Studien an der Friedrich-Alexander-Universität (FAU). „Medien sollen eigentlich zu einer differenzierten Meinung verhelfen, verfestigen aber mit Blick auf den Islam leider allzu oft bereits bestehende Vorurteile.“ Für nötig erachtet die Wissenschaftlerin deshalb fundierte Kenntnisse über Geschichte, Kultur und Ästhetik des Islam, um ihn in all seinen Facetten jenseits von Schubladendenken erklären zu können.

Eine Überzeugung, die auch Heiner Bielefeldt, Professor für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik an der FAU und UN-Sonderberichterstatter für Religionsfreiheit, teilt. „Die Medien sollen selbstverständlich keine Probleme beschönigen, aber bei deren Beschreibung sollen sie mit größter Genauigkeit und Präzision vorgehen.“ Zugleich betonte er, dass ihn aber auch der pauschale Vorwurf, die Medien würden per se mittels reißerischer Aufmacher mit Klischees spielen und so Islamophobie schüren, störe. Verallgemeinerungen seien schließlich niemals gut.

Genauso wenig, wie die stets präsente mediale Forderung an die Muslime, sich doch bitte bei jeder Gelegenheit von jedweder Gewalt zu distanzieren. Muss sich jeder Sachse von Pegida distanzieren, nur weil er ein Sachse ist? Wurde von Christen stets erwartet, sich von Terror im Namen des Christentums zu distanzieren? Dies fragten auf humoristische Weise bereits die Kabarettisten in der *ZDF*-Politsatire „Die Anstalt“. Sie übersahen dabei, dass Terroranschläge im Namen des Christentums in der Neuzeit fast nicht mehr stattfanden – im Gegensatz zu zahllosen Attentaten und Massakern im Namen Allahs.

Es brauche Journalisten, die „mit offenen Ohren und Augen positive Botschaften auf dem Boden des Realismus verbreiten, Verständnis für den Islam haben und diesen vor diesem Hintergrund auch kritisch hinterfragen“, so Heiner Bielefeldt.

Für Canan Topçu, die als Journalistin mit muslimischem Hintergrund unter anderem für die *ZEIT* schreibt, liegt genau darin eines der Probleme. „Wir werden nun mal nicht mit offenen Augen geboren, wir lernen nur durch Erfahrung. Diese fehlt vielen Journalisten im Umgang mit dem Thema Islam, weil sie nie zuvor in ihrem Leben damit in Berührung gekommen sind.“

> **Die Medien sollen nichts beschönigen**

In keinem Fall möchte sie deshalb unterstellen, dass in Redaktionen böswillig gegen den Islam geschrieben werde, es fehle letztlich meist am nötigen Wissen. Ein weiteres Hindernis sieht die Journalistin in den vorgegebenen Strukturen, die in vielen Fällen nicht mehr als eine Vereinfachung zuließen. In zwei Minuten oder wenigen Zeilen lasse sich nun mal keine Geschichte in all ihren Facetten abbilden.

Und dann ist da immer noch die Tatsache, dass gut gemeint nicht immer auch gut gemacht ist. Über Aishe, die ihr Abitur mit 1,0 bestanden hat, wird medial berichtet, über Markus, der dasselbe vollbracht hat, dagegen nicht. Bei ihm: nichts Besonderes. Bei ihr setzt man diese Leistung gleich mit der Tatsache, dass man jemandem mit Migrationshintergrund eine solche Leistung niemals zugetraut habe.

„Oft verstärken Massenmedien mit ihrer Berichterstattung zudem unbewusst die Absichten von Propagandisten“, sagt Extremismus-Experte Moussa Al-Hassan Diaw. Manche von ihnen seien erst durch eine Thematisierung in den Medien in den eigenen Kreisen überhaupt eine relevante Größe geworden, wie der heutige Al-Kaida-Chef Aiman az-Zawahiri. Die Macht der Bilder haben islamische Terroristen längst nicht nur erkannt, sondern perfektioniert: geringer Aufwand, große Wirkung und Reichweite.

Auch die Muslime selbst sieht Canan Topçu in der Verantwortung. „Sie dürfen sich nicht ständig darüber ärgern, in ihren Augen schlecht dargestellt zu werden, sondern müssen selbst über ihre Sicht der Dinge aufklären.“ Außerdem müsse man es auch aushalten können, wenn Dinge berichtet werden, mit denen man selbst nicht einverstanden ist. „Das ist Meinungsfreiheit.“ In der Realität sieht das allerdings oft anders aus, dies zeigt der hysterisch-aggressive Umgang mit Mohammed-Karikaturen gerade bei den europäischen Muslimen.

Dennoch sieht sie bereits positive Signale hinsichtlich einer sich verändernden Berichterstattung. Es gibt sie bereits, die Muslima, die in einem Beitrag in den Fernsehnachrichten über die Grippeimpfung nicht ob ihres Kopftuches zur Protagonistin geworden ist, sondern, weil sie sich über deren mögliche Folgen für ihr Kind Sorgen macht. „Wenn Menschen nicht immer nur als Migranten Teil der Berichterstattung sind, führt das dazu, dass auch die Zuschauer ein anderes Bild bekommen.“

Dafür, dass dieser Wandel weiter möglichst rasch voranschreitet, hat die Abteilung Christliche Publizistik der FAU ihren Masterstudiengang „Medien-Ethik-Religion“ nun eigens um den Schwerpunkt „Islam“ durch das Department Islamisch-Religiöse Studien erweitert. Auf diese Weise entsteht ein Masterstudiengang, der im deutschsprachigen Raum bislang einzigartig ist und insbesondere Studierende mit muslimischem Hintergrund für einen Medienberuf qualifizieren soll.

Für Abdul-Ahmad Rashid, der als Redakteur und Moderator für das *ZDF* arbeitet, ein wichtiger Schritt, erlebt er im Arbeitsalltag doch immer wieder, dass es hierzulande nach wie vor zu wenige Journalisten mit entsprechender Migrationsbiografie in den Redaktionen gibt. „Muslim sein ist eine Zusatzqualifikation, die Türen öffnet und viele Dinge besser einordnen lässt und zu einer veränderten Wahrnehmung des Islam in der Gesellschaft führt“, ist er überzeugt.

Genauer hinsehen, differenzieren, Vorurteile abbauen und diese nicht noch weiter in den Köpfen zementieren, etwa dahingehend, dass eine muslimische Frau mit Kopftuch nicht gleichbedeutend damit ist, dass der Islam per se intolerant gegenüber Frauen ist – gerade die Medien seien dabei gefragt. Einen ersten Schritt hat die Tagung gemacht, auch wenn die Auswahl der Referenten ein viel zu einseitiges Bild der Islamberichterstattung zeichnete. **Kni**

Eine unmissverständliche Botschaft

Die kritische Journalistin Gao Yu wurde in China zu sieben Jahren Haft verurteilt

Peking – Sieben Jahre Haft wegen „Verrats von Staatsgeheimnissen“. So lautet das Urteil gegen die kritische chinesische Journalistin Gao Yu. Der Vorwurf der Staatsanwaltschaft: Sie habe „illegal Staatsgeheimnisse an Ausländer weitergegeben“. Berichten zufolge handelt es sich dabei um das „Dokument Nr. 9“. Das Schriftstück listet Bedrohungen für die Kommunistische Partei des Landes auf und warnt unter anderem vor den Gefahren einer Pressefreiheit nach westlichem Vorbild und universellen Menschenrechten.

Bild: Zuma Press/action press

Eingesperrt: Gao Yu.

Die angeklagte Journalistin bestritt bis zuletzt vehement, das ohnehin weitgehend frei kursierende Dokument weiter verbreitet zu haben. Ein zwischenzeitliches Geständnis, das in einem Video in Chinas Staatsfernsehen CCTV ausgestrahlt wurde, widerrief sie. Dieses sei ihr durch Drohungen gegen ihren Sohn abgepresst worden. Im Prozess war ein neues, strengeres Gesetz zum Schutz von Staatsgeheimnissen angewendet worden. Mit diesem geht die Volksrepublik gegen die Pressefreiheit im Land vor.

Ende März legte die US-Menschenrechtsgruppe Chinese Human Rights Defenders (CHRD) ein umfassendes Lagebild dazu vor. Darin beschuldigt sie die Regierung unter Parteichef Xi Jinping, systematisch Aktivisten zu verfolgen, die für grundlegende Freiheitsrechte eintreten. CHRD zählt Fälle von mehr als 950 Betroffenen auf, die seit Ende 2012 in Haft kamen. Nach Angaben des Komitees zum Schutz von Journalisten (CPJ) sitzen in China im Augenblick 44 Journalisten in Haft.

Auch Reporter ohne Grenzen (ROG) zeigte sich empört über das harte Urteil. „Gao Yu ist das Opfer eines politischen Prozesses, dessen Ergebnis von Anfang an feststand“, sagte ROG-Geschäftsführer Christian Mihr. „Dieses Urteil ist ein weiterer Beleg dafür, dass die Kommunistische Partei Chinas gnadenlos jeden bestraft, der ihre Alleinherrschaft kritisiert.“

Bild: Andrey Zametalov/Fotolia

Im Zentrum der Unfreiheit: China zensiert alles und jeden.

Gao Yu, die bereits in der Vergangenheit mehrmals in Haft saß, gehört zu den renommiertesten Journalisten Chinas und wurde mehrmals mit internationalen Auszeichnungen geehrt. Zuletzt arbeitete sie als freie Autorin, auch für die Deutsche Welle. „Ich bin bestürzt über das harte Urteil gegen Gao Yu. Diese drakonische Strafe gegen die 71-jährige Journalistin entbehrt aus unserer Sicht jeder Grundlage“, sagte Peter Limbourg, deren Intendant.

Er kündigte an, als Reaktion auf das harte Urteil die Verhandlungen mit dem chinesischen Staatsfernsehen über technische Kooperationen im Kulturbereich vorerst auszusetzen. Als Voraussetzung für die Wiederaufnahme des Gesprächsfadens nannte er, „dass sich die Haltung der chinesischen Regierung gegenüber kritischen Journalisten, Bloggern und Andersdenkenden insgesamt erkennbar zum Positiven verändert.“ Wie dringend notwendig das ist, zeigt die Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen. Auf dieser steht China auf Platz 176 von 180 Ländern. **Kni**

Ist doch nur vierte Liga? Anhänger des TSV 1860 München II (l.) und des FC Bayern II (r.) sorgten mal wieder für unrühmliche Bilder. Screenshots: Youtube

Gegen die Gewalt

Joachim Herrmann: „1000 Polizisten bei Viertligaspiel sind zu viel" – Wer soll das bezahlen?

München – Nach den Vorfällen und dem massiven Polizeieinsatz rund um das kleine Münchner Derby am Ostermontag setzt sich der bayerische Innenminister Joachim Herrmann für ein härteres Durchgreifen gegen gewaltbereite Fans ein.

Teilweise vermummte „Anhänger" des FC Bayern II und des TSV 1860 München II hatten unter anderem gefährliche Böller auf das Spielfeld geworfen. Die zweite Halbzeit wurde verspätet angepfiffen, nachdem auf den Zuschauerrängen Pyrotechnik mit starker Rauchentwicklung gezündet worden war. „Während des weiteren Spielverlaufs kam es in beiden Fanbereichen immer wieder zum Entzünden von pyrotechnischen Gegenständen", heißt es weiter im Polizeibericht. Das kleine Derby hatte auch in den vergangenen Jahren immer wieder unter Ausschreitungen so genannter Fans zu leiden. Die massive Polizeipräsenz sorgte dieses Mal für einen weitgehend friedlichen Verlauf.

Auf Dauer sei es allerdings nicht vertretbar, für ein Viertliga-Spiel über 1000 Polizeibeamte einzusetzen, betonte Herrmann: „Ich erwarte von den Vereinen, dass sie – entsprechend der auf Initiative Bayerns eingebrachten Vorschläge – die Beschlüsse der Innenministerkonferenz vom Dezember 2014 umsetzen und konsequent gegen Gewaltabsichten so genannter Fanclubs vorgehen. Auch die Zugangskontrollen in Stadien müssen die Vereine wirksamer gestalten." Es sei nicht akzeptabel, dass etwa Feuerwerkskörper zuhauf in die Stadien gebracht und dort abgefackelt werden könnten. Das werfe berechtigte Zweifel und Fragen nach der Zuverlässigkeit der Stadienorganisation auf.

> **Der Staat wirft den Proficlubs der Fußball-Bundesliga Millionen hinterher**

Noch weiter ging Peter Erl, Vorsitzender der CSU-Mittelstandsunion in Niederbayern. Die Proficlubs der Fußball-Bundesligen sollten künftig an den Kosten für Polizeieinsätze bei „Risikospielen" beteiligt werden, so der stellvertretende Landrat von Deggendorf, Erl will einen entsprechenden Antrag beim nächsten CSU-Parteitag stellen. „Der Staat wirft den Proficlubs der Fußballbundesliga Millionen hinterher", kritisierte der bekennende Fußballfan. Es sei nicht vermittelbar, dass die teils börsennotierten Clubs 30 Millionen Euro und mehr für neue Spieler bezahlten, sich an den Kosten für die Polizeieinsätze aber nicht beteiligten. „Ich sehe nicht ein, dass jeder kleine Dorfverein seine Sicherheitskräfte selbst stellen und auch bezahlen muss. Und bei den Profilclubs übernimmt das der Staat", so Erl.

Ein ähnliches Vorgehen der Stadt Bremen stieß allerdings vor Kurzem auf wenig Gegenliebe. Der DFB sieht die Arbeit rund um die Stadien ohnehin als öffentliche Aufgabe. Deshalb soll Bremen in Zukunft keine Spiele der deutschen Nationalmannschaft mehr austragen dürfen. Nicht zu Unrecht wies DFB-Präsident Wolfgang Niersbach auf einen anderen Punkt hin: „Gerade der Fußball spült Jahr für Jahr Millionenbeträge in die öffentlichen Kassen." Auch Innenminister Joachim Herrmann lehnte die Idee ab: „Wenn HSV-Fans am Marienplatz randalieren, kann man nicht den FC Bayern dafür verantwortlich machen." Für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung liege die originäre Zuständigkeit beim Staat und damit bei der Polizei. In den Stadien seien allerdings die Vereine für den geordneten Ablauf zuständig. Auch müssten sie für eine ausreichende Anzahl an Ordnern sorgen. Wichtig sei nun, Gewalttäter „auf Dauer von Fußballspielen auszuschließen und gegen Pyrotechnik einzuschreiten". Der bayerische Innenminister hat zudem alle Polizeipräsidien angewiesen, gegenüber Fußballrowdys noch konsequenter einzuschreiten. Rund 1800 Polizisten sind jedes Wochenende rund um Fußballspiele im Einsatz.

„Diese Chaoten schaden dem Fußball nachhaltig und sind keine echten Fans", so ein Beschluss der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag. Sie fordert qualifizierte Ordner, langjährige Stadionverbote und den Ausschluss aus Vereinen und Fanclubs. Seit vielen Jahren setzt Bayern mit großem Erfolg auch auf szenekundige Beamte und unterstützt die Fußballvereine bei der Ausarbeitung von Sicherheitskonzepten. **avd**

Sport im Wandel

Union fordert Sonderprogramm

Berlin – Die sportpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der CDU-/CSU-Landtagsfraktionen fordern ein bundesweites „Sonderprogramm Sport", um die finanziellen Spielräume für den Sport in den Bundesländern zu verbessern. Dies beschlossen die Sportpolitiker am Ende ihrer zweitägigen Sprechertagung in Berlin. Für die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag nahm Berthold Rüth, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sport, an der Tagung teil.

In der „Berliner Erklärung" unterstützen die sportpolitischen Sprecherinnen und Sprecher darüber hinaus die Bewerbung Hamburgs für die Olympischen und Paralympischen Spiele 2024/2028. „Wir sind der Auffassung, dass der Bund die Chance der Olympiabewerbung nutzen sollte, um nachhaltig den Leistungs- und Breitensport zu fördern und in Sportvereine und schließlich in Sportstätten zu investieren", sagte Rüth.

Berthold Rüth

Diskutiert wurde zudem über die Sicherheit bei Sportgroßveranstaltungen sowie über die außerordentliche Bedeutung des Sports für die Wirtschaft und die Herausforderungen des deutschen Sports angesichts des demografischen Wandels.

In diesem Zusammenhang wurde auch über die Zusammenarbeit von Sportvereinen mit den Ganztagsschulen diskutiert. Die Sportpolitiker der Union sehen die Gefahr, dass den Kindern durch den Ganztagsschulbetrieb die Zeit fehlt, am Vereinsleben teilzunehmen, und dass der Sport somit im Alltag der Kinder an Bedeutung verliert. „Die Landessportbünde, Verbände und Vereine sind auf eine verlässliche Partnerschaft mit den Schulen angewiesen. Diese Kooperation mit den Schulen ist eine gemeinsame Herausforderung von Vereinen und Schulen", meint Rüth. „Sport muss unbedingt als wichtiger Bestandteil der Ganztagsschule verstanden werden und ein wesentliches Element deren pädagogischen Konzepts sein." Wie die Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen entwickelt werden kann, soll ein Schwerpunktthema der nächsten Tagung der sportpolitischen Sprecherinnen und Sprecher von CDU und CSU in der zweiten Jahreshälfte werden.

Rüth ist auch Vorsitzender des Landessportbeirats und Landesvorsitzender des CSU-Arbeitskreises Schule, Bildung und Sport. **BK**

Ohne Vorstand

Vereine bangen um ihre Zukunft

Berlin – Viele Sportvereine blicken unsicheren Zeiten entgegen. Zwar ist der Sport mit 8,6 Millionen Engagierten Deutschlands größter Ehrenamts-Bereich, doch gerade für regelmäßige Aufgaben wie etwa im Vorstand finden sich immer weniger Interessierte. Allein die Funktionsträger der rund 91 000 Sportvereine arbeiten laut einer Studie rund 290 Millionen Stunden pro Jahr, teilte *VoluNation*, das Expertenportal für weltweite Freiwilligenarbeit, mit. Obwohl sich jeder Zehnte über 14 Jahre im Sport engagiere, gehe vielen Vereinen bei der Besetzung von Ämtern mittlerweile der Nachwuchs aus. Mehr als die Hälfte der Vorsitzenden, Geschäftsführer oder Kassenwarte seien bereits über 50 Jahre alt. Innerhalb weniger Jahre habe ihre Zahl um sechs Prozent auf 738 000 Personen abgenommen, die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden sei sogar um über 20 Prozent gesunken.

Neben der demographischen Entwicklung gelten veränderte Lebensstile als eine der Ursachen für diesen Trend. Ein Modellprojekt soll bis 2016 Lösungen entwickeln, wie das Ehrenamt im Sport interessanter werden kann und wieder mehr Menschen dafür begeistert werden können.

Allein in Bayern sind auf der Vorstandsebene Mitglieder in rund 120 000 ehrenamtlichen Positionen tätig. Diese Mitglieder erbringen monatlich eine Arbeitsleistung von fast 2 Millionen Stunden für gemeinwohlorientierte Zwecke. Hinzu kommt der Übungsbetrieb in den Vereinen für Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren. So sind im Freistaat beispielsweise 86 000 Übungsleiter in mehr als 12 000 Sportvereinen aktiv. **avd/BK**

Bild: BLSV

Originell wirbt der Bayerische Landes-Sportverband für das Ehrenamt.

Triumph knapp verpasst

Die fünffache Paralympics-Siegerin Anna Schaffelhuber erhielt nicht den „Laureus Award"

Shanghai – Nur knapp hat die Regensburgerin Anna Schaffelhuber den „Sport-Oscar" verpasst. Die seit der Geburt querschnittgelähmte Monoskibobfahrerin des TSV Bayerbach holte zwar bei den Paralympics im russischen Sotschi 2014 fünf Mal Gold und gewann auch den Gesamtweltcup sowie vier Einzelweltcups, aber das reichte überraschend dennoch nicht, um in Shanghai den „Laureus Sports Awards" in der Kategorie Behindertensportler zu bekommen.

Die 22-jährige Schaffelhuber hatte das Nachsehen gegen die US-Amerikanerin Tatyana McFadden, die 2014 im Rollstuhl die Marathons von Boston, Chicago, London und New York gewann. Zudem hatte die 25-jährige Amerikanerin, die mit einer Fehlbildung des Rückenmarks in Russland geboren wurde und in einem St. Petersburger Waisenhaus aufwuchs, in Sotschi eine Silbermedaille im Langlauf-Sprint über einen Kilometer geholt. Die Trophäe für McFadden nahm in Shanghai ihre leibliche Mutter entgegen, die ihre Tochter in Sotschi das erste Mal getroffen hatte. 1994 war McFadden von einer Amerikanerin adoptiert und aus dem russischen Waisenhaus in die Vereinigten Staaten gebracht worden.

Schaffelhuber, die nach Shanghai gereist war, verpasste damit den dritten deutschen Triumph in dieser Kategorie nach Martin Braxenthaler (Ski alpin) 2007 und der heutigen Behindertenbeauftragten der Bundesregierung, Verena Bentele (Ski nordisch) 2011. Gewonnen hat dagegen die deutsche Weltmeister-Fußballnationalmannschaft als „Team des Jahres" – als Nachfolger des FC Bayern München, der 2013 gewann. Schaffelhuber, wurde aber 2014 als deutsche Behindertensportlerin des Jahres ausgezeichnet. Die mehrfache Weltmeisterin gewann diesen Titel bereits zum dritten Mal nach 2011 und 2013. **avd**

Bild: action press / Francesco Guiotta

Bayerischer Sportpreis 2014 in München (v.l.): Joachim Herrmann, Alessandro Zanardi, Anna Schaffelhuber und Horst Seehofer.

LESERBRIEFE

VIELE WOLLEN SCHARIA

Zu „Muslime gehören zu Deutschland, aber nicht der Islam“, Bayernkurier vom 11. April:

Danke, dass sachliche Islamkritik nun auch in der Mitte der Gesellschaft ankommt. Überlassen wir das Thema weder tatsachenresistenten Linken, noch beschwichtigenden Mullahs, noch plumpen Ausländerfeinden.

Integration gelingt nur, wo die aufnehmende Kultur klare Werte vorgibt, und wo das Verdünnungsverhältnis stimmt, also die Leitkultur noch dominiert und Integration anbietet und auch selbstbewusst einfordert. „Multikulti verhindert Integration“ hieß Ihr Artikel vom 09.11.2013. Er stellt am Negativ-Beispiel Schweden gut dar, was Bayern Berlin voraus hat, warnt uns aber auch vor der zur Zeit herrschenden Beliebigkeit. Gastarbeiter aus Italien, Spanien usw. sind mittlerweile bestens integriert, ebenso Vietnamesen. Zuwanderer aus islamischen Ländern aber sprechen auch in dritter Generation oft kaum Deutsch! Warum nicht? Weil sie unsere freiheitlichen Werte ablehnen. Es ist erschreckend, dass eine Großzahl der Muslime die Scharia unserem „ungläubigen“ Grundgesetz als überlegen ansieht. Der Islam ist nicht nur eine Religion, die eine private Beziehung zu Gott regelt. Er regelt den ganzen Alltag und die Gesellschaft, und ist damit vor allem eine politische Ideologie. Was der Koran zu Ungläubigen sagt: Nachlesen!

Jens Riedel
69126 Heidelberg

PROVOZIEREND

Zu „Massive Kritik am Kopftuch-Urteil“, Bayernkurier vom 11. April:

Am Tag des Bekanntwerdens des neuesten Kopftuch-Urteils brachte das Bayerische Fernsehen ein Interview mit einer türkisch-stämmigen jungen Studentin (elegant gekleidet, geschminkt und gestylt) zum Thema Kopftuch. Ihre Aussage dazu stimmt schon nachdenklich. Sie, eine Lehramtstudentin für das Gymnasium, sagte unumwunden, dass sie sofort ein Kopftuch nach islamischer Tradition tragen wird, sobald sie mit dem Studium fertig ist und als Lehrerin angestellt ist.

Die Leserinnen und Leser mögen sich dazu ein eigenes Urteil bilden, ich empfinde diese Aussage schlicht und einfach berechnend und provozierend.

Johann Frauendienst
84428 Buchbach

SIE RECHNET SICH DOCH!

Zu „Leserbriefe: Nicht ganz kostenlos“, Bayernkurier vom 28. März:

In einem Leserbrief vom 28.3.2015 wirft Peter Schub aus Grafenrheinfeld den Vorsitzenden des CSU-Arbeitskreises „Energiewende“, Herrn Dr. Balleis, vor, „mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten einer veralteten Studie der Uni Erlangen“ mit „unverständlich und provozierenden“ Thesen „Wut“ zu erzeugen.

Zunächst: die im Artikel „Energie für Energiewende“ vom 21.2.2015 verwendeten Zitate sind weder aus dem Zusammenhang gerissen noch veraltet. Im Gegenteil liegt der Zündstoff der gerade erst publizierten Studie ja genau darin, dass nicht versucht wird, mit hochaktuellen Annahmen in die Zukunft zu blicken – sondern einfach nur anhand „alter Daten“ die Strompreisentwicklung der vergangenen Jahre zu analysieren. Die Studie verwendet dazu historische, für jedermann öffentlich zugängliche Daten der Leipziger Strombörse und berechnet aus real existierenden Angebots- und Nachfragedaten der letzten Jahre die Strompreise, die sich an der Börse eingestellt hätten, wenn es in den Jahren 2011 bis 2013 keine Einspeisung aus Wind und Photovoltaik gegeben hätte.

Das Ergebnis zeigt genau das, was die Gesetzmäßigkeit von Angebot und Nachfrage ohnehin nahe legt: Gibt es ein Überangebot an Strom, fallen die Strompreise – zuletzt auf 3,78 Cent/kWh im Jahr 2013 aufgrund des starken Ausbaus Erneuerbarer Energien. Ohne Erneuerbare hätte ein weitaus geringeres Stromangebot das Preisniveau steigen lassen – nach unseren Berechnungen auf 9,07 Cent/kWh im Jahr 2013. Auch in der Höhe scheint das Ergebnis nicht unlogisch: Betrugen die mittleren Börsenpreise doch bereits in den Jahren 2005 und 2008 etwa 7 Cent/kWh – und das noch vor der Abschaltung von acht der siebzehn deutschen Kernkraftwerke im Jahr 2011.

Soweit die eigentlich einfachen Fakten. Bleibt die Frage, weshalb die – wie wir meinen – in der Methodik und im Ergebnis so plausiblen Ergebnisse so hochemotional in Frage gestellt werden. Dabei fällt auf, dass die lautesten Kritiker in ihrer Kritik weder auf Methodik noch auf die verwendete Datenbasis eingehen – die Studie möglicherweise gar nicht gelesen haben. Sie kritisieren nach dem Motto „Was nicht sein kann, darf nicht sein“ – Erneuerbare sind teuer – wer das Gegenteil behauptet, ist nicht bei Sinnen. Wer die Studie gelesen hat weiß: die Autoren schreiben an keiner Stelle, dass die Energiewende günstig ist. Sie zeigen nur klar, dass die Alternative – eine Stromversorgung ohne Wind und Photovoltaik – keineswegs günstiger gekommen wäre.

Dass die historisch günstigen Strompreise an der Leipziger Strombörse allen privaten und industriellen Stromverbrauchern so zu Gute kommen und die Einsparungen sogar die EEG-Umlage kompensieren, sollte doch eigentlich von allen Seiten begrüßt werden. Klar ist doch: Die Energiewende ist ein in der Dynamik und im Ergebnis beispielloser Umbruch eines ganzen Wirtschaftszweiges hin zu einem nachhaltigeren Umgang mit den Ressourcen, dem Klima und der Zukunft unserer Kinder. Ein beispielloser und unerwarteter Umbruch, der sich sogar auszahlt. Denn die Energiewende rechnet sich tatsächlich!

Prof. Dr.-Ing. Jürgen Karl
91126 Schwabach

Zeichnung: Tomicek

UND DIE OPFER?

Zu „Rot-Rot-Grün plant Amnestie für Stasi-Spitzel“, Bayernkurier vom 11. April:

Wir kämpfen heute noch um die Rehabilitation von DDR-Opfern (Zwangsadoption in der DDR). Die Stasi-Spitzel müssen erst mal für ihre Taten Verantwortung zeigen.

Andreas Laake
www.zwangsadoptierte-kinder.de
04159 Leipzig

OHNE REUE

Zu „Rot-Rot-Grün plant Amnestie für Stasi-Spitzel“, Bayernkurier vom 11. April:

Zu diesem Thema diskutierte ich Ende vergangenen Jahres bereits mit dem Abgeordneten der Linken im Thüringischen Landtag, Frank Kuschel. Kuschel war nachweislich IM des MfS. Auf seiner *Facebook*-Seite diskriminierte und beleidigte er ehemalige politische Häftlinge, bezeichnete sie als Kriminelle und psychisch Kranke. Er behauptete, Einblick in irgendwelche ominösen Strafakten zu haben und bezichtigte mich, in einer Stadt in der ehemaligen DDR kriminelle Straftaten begangen zu haben. Aber dieser Stadt habe ich mich nie mehr als 30 Kilometer genähert! Auf meine Frage, ob er nicht genügend Charakter hätte, sich aus der Politik zurück zu ziehen, äußerte er sich, dass er über „genügend wenig Schamgefühl verfüge, um in der Politik zu bleiben”. Die Diskussion endete damit, dass er mich auf seiner *Facebook*-Seite sperrte. Jedoch habe ich über all diese Wortwechsel Screenshots angefertigt, die ich jederzeit zur Verfügung stellen kann.

In meinen Augen ist es ein Schlag ins Gesicht jedes ehemaligen politisch Verfolgten, wenn sich solche „Menschen” heute so frech äußern, ihre Taten verteidigen und strafrechtlich rehabilitierte Gefangene als Kriminelle diskreditieren. Genau das sind dieselben Verhaltensweisen, mit denen sie in der DDR den Menschen das Leben zur Hölle machten. Es ist unbegreiflich, dass solche Personen wieder in die Verlegenheit kommen, über das Schicksal anderer zu bestimmen. Und wenn man sich gegen sie äußert, wird man zum Nazi abgestempelt – obwohl ich die rechte Gesinnung genauso hasse, wie die linke Gesinnung!

Wofür haben wir gekämpft, wofür haben wir unsere Freiheit, unsere Gesundheit aufs Spiel gesetzt? Um uns jetzt wieder von solchen Leuten auslachen zu lassen? Das sollten sich unsere Oberen im Deutschen Bundestag durch den Kopf gehen lassen.

Detlef Wengel
81735 München

ALTERNATIVLOS

Zu „Peter Gauweiler tritt zurück“, Bayernkurier vom 4. April:

EU und Euro wurden nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus politischen Gründen installiert. Die finanziellen Risiken waren bekannt, aber es gab und gibt keine Alternative.

Die Nato hat auf Drängen Europas den Bosnienkrieg beendet und damit einen Flächenbrand verhindert. Auch wird die Ukraine keine russische Provinz werden. Angela Merkels Rolle in der Welt ist ohne Europa undenkbar. Griechenland vor den Toren der Türkei wird uns wahrscheinlich demnächst, besonders aber sich selbst, echte Probleme machen. Nur das vereinte Europa hat die Chance, dabei nicht unter die Räder zu kommen.

Die Geldpolitik der EZB wurde nicht in Europa erfunden, sondern ist die Antwort auf internationale Praktiken. Parteitagsbeschlüsse sind keine Dogmen, die auf Gedeih und Verderb durchgesetzt werden müssen.

Die Richter des Bundesverfassungsgerichtes müssen ihre Entscheidungen politisch nicht verantworten. Sie sind nicht abwählbar.

Arnold Wagner
91126 Schwabach

POLITTHEATER IN ATHEN

Zu „Griechische Provokationen“, Bayernkurier vom 11. April:

Auf diese sechs „Experten” die nun aus angeblich 50 000 Seiten errechnet haben, dass Deutschland 278 Milliarden Euro Reparationen an Griechenland zahlen soll, kann man getrost verzichten. Wo waren denn diese großartigen Experten die letzten Jahrzehnte, als ihr Griechenland immer mehr und tiefer im Schuldensumpf versank?

Die sollten stattdessen lieber das stümperhafte 40 000 Seiten (!) umfassende griechische Steuergesetz, das diesen Namen nicht verdient, durchforsten oder es in den Müll werfen. Denn dort gehört dieses Steuergesetzmonstrum doch schnellstens hin. Und außerdem sollten diese Griechen endlich die seit Jahrzehnten überfälligen Steuern gefälligst eintreiben.

Dieses Griechenland mit seinen amateurhaften Politclowns an der Spitze, gehört doch schon lange raus aus der EU. Diese Schande von Schröder & Co. hätte nie passieren dürfen und dauert nun schon viel zu lange. Dieses unsägliche Polittheater muss endlich ein Ende haben. Was mussten wir uns von denen schon viel zu lange alles gefallen lassen? Und was kommt noch?

Erhard Bartsch
89278 Nersingen

FEHMARNBELT-TUNNEL

Zu „Die Reise nach Neubayarien“, Bayernkurier vom 28. Februar:

Eine amüsante Vorstellung, auch für Norddeutsche. Mama Bavaria hat kräftig ausgeteilt und mit deftigen Sprüchen nicht gespart. Aber einer kam im Raumgleiter zu gut weg. Verkehrsminister Alexander Dobrindt. Er fehlte im Festsaal und hatte zuvor mit seinem dänischen Amtskollegen in Berlin in einem Projekt, dem Fehmarnbelt Tunnel und der ungeliebten sogenannten Bahn-Hinterlandanbindung konferiert und am Ende die Bevölkerung weiterhin im Unklaren gelassen. Schade, man hätte ihn im Raumgleiter-Singspiel als Geister(bahn)fahrer parodieren können. Denn er hält weiterhin unverdrossen an der FFBQ (Festen-Fehmarn-Belt-Querung) fest, obwohl das Projekt finanziell aufgrund seriöser Kosten-Nutzen-Rechnungen gewaltig aus dem Ruder läuft. Im Nockherberg-Weltall hätte er im wahrsten Sinne des Wortes mehr Abstand von diesem Vorhaben gewinnen können.

Ein konsequenter Schritt in Richtung Überprüfung der Kosten mit Aussicht auf einen Ausstieg ist angeraten, bevor das Tunnelprojekt zum Milliardenverlust für den europäischen Steuerzahler wird. Noch ist es nicht zu spät.

Gerhard Fasterling
23684 Scharbeutz

WIEDERVEREINIGUNG

Zu „Eine Erfolgsgeschichte? Ja!“, Bayernkurier vom 4. April:

Materialistisch betrachtet: positive Entwicklung. Politisch betrachtet: negative Entwicklung. Juristisch betrachtet: negative Entwicklung. Geistig betrachtet: multireligiöse Tendenz = Abfall vom biblisch christlichem Glaubensfundament. Prognose: gespaltene Gesellschaft (siehe: Wahlbeteiligung), Radikalisierung, Zerfall der Wertegemeinschaft.

Klaus Bartholomay
02625 Bautzen

KONTAKTADRESSE

BAYERNKURIER
Leserbriefe
Nymphenburger Straße 64
80335 München
leserbriefe@bayernkurier.de
Fax: (089) 1 29 30 50

Die Zuschriften geben die Meinung der Leser wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Über Leserbriefe kann keine Korrespondenz geführt werden.

Kurze Leserbriefe werden bevorzugt behandelt.

Führungswechsel beim AKS

Otto Lederer ist neuer Vorsitzender des Arbeitskreises Schule, Bildung und Sport (AKS)

München – Mit fast einstimmiger Mehrheit wählten die Delegierten Otto Lederer zum Nachfolger von Berthold Rüth an die Spitze ihres Arbeitskreises Schule, Bildung und Sport (AKS). Daneben war auf der Landesversammlung das Kennenlernen neuester digitaler Medien für den Unterricht ein richtungsweisendes Thema.

Bild: Steven P. Canarius / fkn

Der neue AKS-Landesvorstand bestehend aus Markus Köhler (l.), Ingrid Heckner (M.), Landeschef Otto Lederer (2.v.r.) und Ludwig Zellner (r.) zusammen mit dem kooptierten Mitglied, Bildungsstaatssekretär Georg Eisenreich (2.v.l.).

Zwei Jahre lang hatte MdL Berthold Rüth den CSU-Arbeitskreis AKS geführt. Aufgrund der Übernahme des Vorsitzes in der Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern“ stellte sich Rüth für eine erneute Kandidatur nicht mehr zur Verfügung. Zu ihrem neuen Vorsitzenden wählten die AKS-Delegierten auf ihrer Landesversammlung in München nun fast einstimmig MdL Otto Lederer zu ihrem neuen Vorsitzenden. Lederer ist als ehemaliger Gymnasiallehrer für die Fächer Mathematik und Physik, seiner Funktion als Tuntenhausener Bürgermeister von 2002 bis 2013 sowie als Mitglied der Ausschüsse für Bildung und Kultus und Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport bestens mit den Themen im Bildungsbereich vertraut.

Ihm zur Seite stehen – wie zuvor auch schon Rüth – MdL Ingrid Heckner, Markus Köhler und Ludwig Zellner als seine drei Stellvertreter. Neu im Amt ist dagegen Schatzmeister MdL Manuel Westphal als Nachfolger von MdL Hans Herold, der aus zeitlichen Gründen sein Amt zur Verfügung stellte. Als Schriftführerinnen wurden Friederike Enders bestätigt und Carolina Trautner neu gewählt. Als Kassenprüfer fungieren erneut Martin Schlör und Johann Geiß.

Nach seiner Wahl bedankte sich Lederer für die große Zustimmung zu seiner Person und zeigte sich erfreut über seine neue Aufgabe. Sein Ziel sei es, so Lederer, mit dem AKS in den kommenden Jahren intensiv zu arbeiten. Dabei gelte es vor allem, die bereits gute und erfolgreiche Arbeit des AKS und Rüths fortzusetzen. Sein Wunsch, dabei auf ein gutes, erfahrenes, erprobtes Team zurückgreifen zu können, erfüllte sich bereits. Die intensive Antragsberatung am Schluss der Veranstaltung stellte ebenso bereits die Weichen für die künftige Arbeit des AKS.

Zuvor ging Georg Eisenreich, Staatssekretär für Bildung, Kultus, Wissenschaft und Kunst, in seinem Gastvortrag auf die erfolgreiche Bildungspolitik Bayerns ein. Als Beispiele nannte er die Schaffung von circa 5000 neuen Lehrerstellen, den Ausbau der Ganztagsangebote, die verstärkte Kooperation mit der Jugendhilfe, die Erweiterung des bilingualen Angebots sowie die Verbesserung der schulischen Situation minderjähriger Flüchtlinge. Besonders positiv sieht Eisenreich dabei die Zusammenarbeit mit allen Beteiligten. So sei man zum Beispiel bei der Erarbeitung der Mittelstufe plus frühzeitig mit Betroffenen in einen umfangreichen Dialog getreten und suche auf diese Weise nun gemeinsam – in Form einer guten und konstruktiven Zusammenarbeit – nach Lösungen. Auch im Bereich der Digitalisierung sind laut Eisenreich Fortschritte erzielt worden. Am Ziel sei man in diesem Bereich aber noch lange nicht, weshalb man sich im Juni auch in einer Kabinettssitzung mit diesem Thema beschäftigen werde.

Die Digitalisierung war auch von Haus aus ein weiteres Schwerpunktthema der AKS-Landesversammlung. So zeigten Referenten der Beratungs- und Trainingsagentur „just ask!“ den Anwesenden Tipps und Tricks zum Einsatz neuer digitaler Medien im Unterricht. Die vorgeführten Anwendungsmöglichkeiten sollen laut „just ask!“ Recherche und Unterrichtsvorbereitung vereinfachen und die Schülermotivation und -beteiligung im Unterricht verbessern. Die Produkte konnten auch während der Veranstaltung im Ausstellungsraum angesehen und getestet werden. Zudem probten die Experten mit den Teilnehmern gleich praktisch den Einsatz der neuesten digitalen Möglichkeiten und ließen hierfür zum Beispiel exemplarisch Umfrageergebnisse über die Smartphones der Teilnehmer an die Wand senden. **BK/dia**

Schneller nach Passau

CSU Niederbayern fordert zügigen Ausbau

Mamming – Die CSU Niederbayern forciert den Ausbau der Bahnstrecke zwischen Passau und München. Bei einer Sitzung in Mamming im Landkreis Dingolfing-Landau beschloss der Bezirksvorstand einstimmig die Forderung nach einer Aufnahme des zweigleisigen Ausbaus des Streckenabschnitts zwischen Landshut und Plattling in die höchstmögliche Priorisierung des neuen Bundesverkehrswegeplans. „Die langen Fahr- und Wartezeiten für Pendler sind unzumutbar“, erklärte Bezirksvorsitzender Manfred Weber und forderte: „Wir wollen eine faire Mittelverteilung beim Bahnausbau. Wenn die Verkehrsinfrastruktur verbessert wird, dann nicht nur in München.“ „Fast zweieinhalb Stunden Fahrzeit von Passau nach München sind nicht mehr zeitgemäß. Wenn die Bahn ein gleichwertiger Verkehrsträger sein soll, muss jetzt etwas passieren“, ergänzte MdB Florian Oßner. Ebenso sei die Maßnahme auch aufgrund des Baus der „Neufahrner Kurve“ zum Flughafen zeitnah sinnvoll. **BK/dia**

Manfred Weber

„Leuchtturm der CSU“

Geschäftsführer Müller nimmt Abschied

Neustadt a.d. Aisch – Jahrelang hat er die CSU Mittelfranken „gemanagt“. Nun übergab Bundeswahlkreis- und Bezirksgeschäftsführer Peter Müller das Amt an seinen Nachfolger Werner Stieglitz und damit in jüngere Hände.

Um die Verdienste von Müller zu würdigen, waren in die Geschäftsstelle eigens der stellvertretende Parteivorsitzende Christian Schmidt, der mittelfränkische Bezirksvorsitzende Joachim Herrmann, der Stimmkreisabgeordnete und Kreisvorsitzende von Neustadt a.d. Aisch, MdL Hans Herold, sowie der Fürther Landrat und Kreisvorsitzende von Fürth-Land, Matthias Dießl, gekommen. Denn immerhin sei Müller während seiner langjährigen Tätigkeit zu einer Institution geworden, betonte Herrmann und erinnerte dabei daran, dass Müller auch an Wochenenden in der Geschäftsstelle zu finden war und immer als zuverlässiger Ratgeber zur Verfügung gestanden habe. „Für ihn war kein Weg zu weit, kein Schritt zu viel“, lobte Schmidt. Herold bezeichnete Müller sogar als „Leuchtturm der CSU“, dessen Organisationstalent sich in zahlreichen Wahlkämpfen und Veranstaltungen gezeigt habe.

Peter Müller

Seinen reichen Erfahrungsschatz will der 63-jährige Wilhelmsdorfer weiterhin als Berater für Politik und Medien zur Verfügung stellen. **BK/dia**

Zum ersten, aber nicht zum letzten Mal in der Oberpfalz

Bezirksverband begrüßt Pavel Belobradek als tschechischen Vize-Premier in Bayern und besiegelt weitere enge Zusammenarbeit

Schönsee – Auf Einladung der Oberpfälzer CSU-Bezirksvorsitzenden Emilia Müller ist der tschechische Vize-Premierminister Pavel Belobradek erstmals nach Bayern gekommen. Anlass war der Kongress „Zukunft in der Mitte Europas“ des Bezirksverbands im Centrum Bavaria Bohemia in Schönsee im Landkreis Schwandorf. Rund 100 weitere Besucher aus Politik sowie Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung folgten der Einladung zu der Beratung über die Intensivierung der bayerisch-tschechischen Zusammenarbeit.

Mit großem Vergnügen hatte Ehrengast Pavel Belobradek, der nicht nur stellvertretender tschechischer Ministerpräsident, sondern auch Parteivorsitzender der tschechischen CSU-Schwesterpartei KDU-CSL ist, die Einladung angenommen, wie er betonte. Zu seinem Leidwesen musste er jedoch gleich zu Beginn seiner Rede zugeben: „Ich empfinde es als großes Handicap, dass ich nicht Deutsch spreche. Mein zehn Jahre jüngerer Bruder spricht auch nicht Deutsch, aber er kann Bayrisch“, so sein humorvoller Einstieg. Damit machte er zugleich deutlich, was für eine Bedeutung er der Zusammenarbeit Tschechiens mit Bayern beimesse: „Bayern ist der Innovations-Tiger in Europa, von dem wir uns gerne inspirieren lassen möchten“, so der 38-jährige studierte Tierarzt. Das Jahr 2015 könnte aus seiner Sicht sogar ein Meilenstein werden, um diese Zusammenarbeit – vor allem in Wissenschaft und Forschung – weiter zu vertiefen. „Um im globalisierten Wettbewerb bestehen zu können, sollten Tschechien und Bayern alle Synergien nutzen“, betonte Belobradek weiter.

Die bayerische Staatsministerin für Arbeit und Soziales, Familie und Integration, Emilia Müller, warb bei dem Gast aus Prag ebenfalls für eine weitere Vertiefung der Beziehungen zwischen Bayern und Tschechien im Allgemeinen und der Oberpfalz und Westböhmen im Speziellen. „Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, noch bestehende Hürden abzubauen, weitere Türen der Kooperation zu öffnen und grenzüberschreitende Chancen zu nutzen“, so die Worte der Ministerin und Oberpfälzer CSU-Vorsitzenden. Als große Herausforderungen für die Zukunft nannte Müller hierbei den Ausbau der Bahninfrastruktur, den Sprachunterricht in beiden Ländern, gemeinsame Forschungs- und Innovationsprojekte sowie den Einsatz dafür, die Fachkräfteausbildung zu stärken und qualifiziertes Personal in der Region zu halten. Bayerns Heimat-Staatssekretär Albert Füracker wies in diesem Zusammenhang zudem auf das bayerisch-tschechische Entwicklungsgutachten hin, das im Sommer vorgestellt werden und den Weg hin zu einer noch engeren grenzüberschreitenden Verflechtung aufzeigen soll.

Bild: CSU

Bezirksvorsitzende Emilia Müller (l.) mit Vize-Premier Pavel Belobradek (r.).

Bereits jetzt sei die Verflechtung laut Müller eng: Insbesondere die Region Pilsen und die Oberpfalz seien in den vergangenen Jahren in vielen Bereichen zusammengewachsen. „Netzwerke und Kooperationen auf politischer, wirtschaftlicher und vor allem auch auf menschlicher Ebene haben einen prosperierenden Wirtschaftsraum und einen gemeinsamen Arbeitsmarkt entstehen lassen“, lobte Müller. **BK/dia**

Das hätte Hayek gefallen: Ohne freien Warenverkehr ist keine Marktwirtschaft vorstellbar. Weniger hätte ihm heute allerdings der Staatsinterventionismus und die hohen Steuern gefallen. Bild: Nightman1965/Fotolia/fkn

Freiheit oder Sozialismus

Wegweisend für Strauß, Erhard und Thatcher: Der Ökonom Friedrich August von Hayek – Sozialismus von links und rechts als Feindbild

„Was tatsächlich die Sozialisten auf der Linken und auf der Rechten zusammenführt, ist die gemeinsame Feindschaft gegen die Konkurrenz und ihr gemeinsamer Wunsch, sie durch eine gelenkte Wirtschaft zu ersetzen." Dieses Zitat aus dem Buch „Der Weg zur Knechtschaft" von 1944 spricht sich vehement gegen eine staatliche Planwirtschaft aus, die letztlich immer zum Verlust der Freiheit und zu kollektiver Armut führt. Es stammt von einem der bedeutendsten Wirtschaftswissenschaftler des 20. Jahrhunderts: Friedrich August von Hayek (1899-1992). Sein Leben lang kämpfte Hayek für die Freiheitsrechte des menschlichen Individuums, für eine funktionierende Marktwirtschaft und gegen die Ideologie des Sozialismus. Seine Lehren übten großen Einfluss auf das ökonomische Denken konservativer und liberaler Politiker aus: Hierzu gehörten der Bundeswirtschaftsminister und spätere Bundeskanzler Ludwig Erhard, der Bundesfinanzminister und spätere bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß, ebenso der US-amerikanische Präsident Ronald Reagan und die britischen Premierminister Winston Churchill und Margaret Thatcher.

Geboren wurde Hayek am 8. Mai 1899 in Wien. Seine Familie entstammte dem k.u.k.-Beamtenadel; sein Vater war Arzt und Professor für Botanik. Nachdem er den Ersten Weltkrieg als Soldat an der Westfront verbracht hatte, absolvierte Hayek ab 1918 an der Wiener Universität ein Studium der Rechtswissenschaft. Dieses schloss er 1921 mit dem Doktor der Rechte ab. Nebenbei besuchte er Kurse in Ökonomie und Psychologie, denen sein eigentliches Interesse galt. 1923 erwarb er einen zweiten Doktortitel, diesmal in Volkswirtschaftslehre. Seit 1927 war Hayek beim Österreichischen Institut für Konjunkturforschung tätig, welches er gemeinsam mit dem brillanten Ökonomen Ludwig von Mises (1881-1973) leitete.

Wie viele Intellektuelle seiner Generation, die desillusioniert aus dem Krieg zurückkehrten, sympathisierte Hayek mit den Ideen des Sozialismus, die eine vermeintlich bessere und gerechtere Welt versprachen. Schon bald jedoch änderte Hayek seine Meinung schlagartig, maßgeblich beeinflusst durch die Lektüre des Buches „Die Gemeinwirtschaft".

Sozialisten und Faschisten wollen gleichermaßen Freiheit, Demokratie und Markt vernichten
Friedrich August von Hayek

Diese 1922 von Mises verfasste Abhandlung wies mit Argumenten, die auf logischem Weg nicht widerlegt werden können, nach, dass eine sozialistische Planwirtschaft niemals funktionsfähig ist: Wenn nämlich sämtliches Privateigentum abgeschafft und durch Kollektiveigentum ersetzt wird, existiert kein Markt mehr, auf dem Güter zu solchen Preisen gehandelt werden, die sich durch das freie Zusammenwirken von Angebot und Nachfrage ergeben. Wenn es keine Marktpreise für Güter gibt, ist ergo auch keine Kostenrechnung möglich. Dies führt zu verhängnisvollen Fehlallokationen, gravierenden Versorgungsengpässen und schließlich zum Kollabieren des planwirtschaftlichen Systems.

Unter dem Einfluss von Mises entwickelte sich Hayek zu einem radikalen Marktwirtschaftler, eine Überzeugung, die er sein gesamtes weiteres Leben beibehielt. 1929 habilitierte sich Hayek im Fach Ökonomie. Zwei Jahre später wurde er an die London School of Economics berufen – als erster Nicht-Engländer überhaupt. 1938 nahm Hayek die britische Staatsbürgerschaft an. 1950 folgt er einem Ruf an die Universität von Chicago. Zwölf Jahre später siedelte er wieder nach Europa über, um einen Lehrstuhl in Freiburg zu übernehmen. Nach seiner Emeritierung 1969 wirkte er in Salzburg als Gastprofessor. 1974 wurde Hayek der Wirtschaftsnobelpreis verliehen, als Auszeichnung für seinen Beitrag zur Konjunkturtheorie. Nach einem langen und ereignisreichen Gelehrtenleben starb er am 23. März 1992 in Freiburg, im hohen Alter von 92 Jahren. Sein Grab befindet sich auf dem Neustifter Friedhof in Wien.

Hayek und Kollegen forderten Anerkennung des Privateigentums, freie Verträge und Zurückhaltung des Staates

Welche Strömungen prägten Hayeks Denken? Am Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert hatte sich in der Donaumetropole Wien ein einzigartiges intellektuelles Milieu herausgebildet, aus dem zahlreiche Geistesgrößen hervorgingen: die Philosophen Karl Popper und Ludwig Wittgenstein, die Komponisten Gustav Mahler und Arnold Schönberg, die Schriftsteller Hugo von Hofmannsthal und Stefan Zweig, der Maler Gustav Klimt und der Psychologe Sigmund Freud. Diesem Umfeld entsprang auch eine der bedeutendsten Denkrichtungen der Volkswirtschaftslehre: die Österreichische Schule. Ihre wichtigsten Vertreter waren Carl Menger, Eugen von Böhm-Bawerk, Ludwig von Mises, Friedrich August von Hayek und der US-amerikanische Mises-Schüler Murray N. Rothbard.

Aus der Österreichischen Schule stammen bahnbrechende ökonomische Erkenntnisse, so die Lehre vom Grenznutzen sowie Theorien zu Geldpolitik, Zins und Konjunkturzyklen. Das übergeordnete Ziel ihrer Forschungen bestand darin, das wirtschaftliche Handeln des Menschen zu verstehen und davon solche ökonomischen Gesetzmäßigkeiten abzuleiten, die unabhängig von Zeit und Ort allgemeingültig sind. Hayek und die übrigen Vertreter der Österreichischen Schule waren Wirtschaftsliberale („Freiheitliche") im wahrsten Sinne des Wortes: Sie forderten die uneingeschränkte staatliche Anerkennung von Privateigentum und freien Verträgen sowie ein Vertrauen auf die Kräfte des freien Marktes. Eine sozialistische Interventions- und Umverteilungspolitik lehnten sie ab.

Ebendiese freiheitlichen und marktwirtschaftlichen Überzeugungen flossen auch in Hayeks berühmtestes Werk ein: Es erschien zunächst 1944 in England als „The Road to Serfdom" und 1945 auf Deutsch unter dem Titel „Der Weg zur Knechtschaft". In diesem Buch, entstanden in der Endphase des Zweiten Weltkriegs unter dem Eindruck beispielloser Barbarei, analysierte Hayek die totalitären Geistesströmungen seiner Zeit.

Seine aufsehenerregende Kernthese lautete: Sozialismus und Faschismus besitzen denselben Ursprung. Sie sind zwei Seiten derselben Medaille. Sowohl der rote als auch der braune Sozialismus stehen in größtmöglichem Gegensatz zum Liberalismus. Beide verfolgen das Ziel, die Demokratie und den Marktmechanismus sowie die Rechte der Individuen auf Privateigentum, Vertragsfreiheit und persönliche Freiheit zu zerstören. Beide wollen diese Errungenschaften der menschlichen Zivilisation durch eine Diktatur ersetzen, die auf einer sozialistischen Wirtschaftsordnung basiert, welche durch Pläne gelenkt wird. Und beide führen letztlich die Bevölkerung unausweichlich in die Knechtschaft: in einen Zustand der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Katastrophe. Den Sozialismus jeglicher Ausprägung erachtet Hayek als einen politischen und ökonomischen Irrtum, der mit einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat unvereinbar ist.

Jeder Staat hat die Tendenz, Staatsquote und Bürokratie aufzublähen sowie Wirtschaft und Bürger zu gängeln

Das Buch „Der Weg zur Knechtschaft" entwickelte sich schon bald zum Bestseller. Man diskutierte sich die Köpfe heiß darüber: Besonders die radikalen Linken wollten nicht einsehen, dass es sich bei den sozialistischen Staaten Osteuropas hinter dem Eisernen Vorhang, bei Maos China und Castros Kuba um menschenverachtende totalitäre Regime handelte, deren planwirtschaftliche Konzeption mittelfristig zum Scheitern verurteilt war.

Kurz vor seinem Tod konnte Hayek noch miterleben, wie seine Theorie durch die Realität eindrucksvoll bestätigt wurde: 1990 ereignete sich der Zusammenbruch der Sowjetunion, des größten planwirtschaftlichen Systems des 20. Jahrhunderts. Hayeks Thesen sind zeitlos gültig und besitzen auch in der Gegenwart ungebrochene Aktualität: denn gemäß Hayek hat jeder Staat die systemimmanente Tendenz, seine Staatsquote zu erhöhen, seine Bürokratie aufzublähen, in den Markt einzugreifen und individuelle Freiheitsrechte einzuschränken.

Der heutige überragende Einfluss der neokeynesianischen Ökonomie sowie die staatssozialistische Doktrin der Neuen Linken haben dazu geführt, dass Hayeks wirtschaftsliberale Lehren in Deutschland zu Unrecht in Vergessenheit geraten sind. Einer der Politiker, der die Hayek'schen Erkenntnisse wertschätzte, war Franz Josef Strauß. Insofern war es folgerichtig, dass die CSU im Wahlkampf zur Bundestagswahl 1976 – als sich die globale Welt im Kampf der Systeme zwischen Kapitalismus und Sozialismus befand – einen Slogan wählte, der von Hayeks „Der Weg zur Knechtschaft" inspiriert wurde: „Freiheit oder Sozialismus".

Daniel Pangerl

Napoleon hält Hof in Ingolstadt

Ingolstadt – Am Donnerstag ist es soweit: Die diesjährige Landesausstellung „Napoleon und Bayern“ öffnet im Bayerischen Armeemuseum im Neuen Schloss in Ingolstadt ihre Pforten. Am Tag zuvor werden Ministerpräsident Horst Seehofer und Kultusminister Ludwig Spaenle offiziell die Ausstellung eröffnen, die dann bis 31. Oktober die Besucher in die wechselvolle Bündnisgeschichte des französischen Kaisers und seines ehemaligen Zusatzreichs „entführt“. Etwa 400 exklusive Exponate sowie etliche Inszenierungen und Mitmachstationen demonstrieren dabei, wie im frühen 19. Jahrhundert Bayern dank Napoleon zum Königreich und modernen Staat aufstieg, wie es sich rechtzeitig wieder von Napoleon abwandte und wie viele Opferzahlen beides – und auf beiden Seiten – zeitigte. **dia**

Kultur aus Bayern in Pilsen

Pilsen – Die Bayerischen Kulturtage sind in vollem Gange: Noch bis Sonntag stellen an verschiedenen Orten der diesjährigen Kulturhauptstadt Pilsen Künstler aus Bayern Projekte ihrer kulturellen Zusammenarbeit mit tschechischen Kollegen vor. Enden wird das Festival auf dem Pilsener Platz der Republik mit dem Fest „Blumen für Pilsen“, einem Frühlingsgruß aus Bayern. Die Schirmherrschaft für die Festival-Woche hat Ministerpräsident Horst Seehofer übernommen. **dia**

„Überlebt, aber nicht gerettet“

Foto-Ausstellung im Maximilianeum verleiht KZ-Überlebenden als Zeitzeugen ein Gesicht und eine Stimme

München – Im Beisein zahlreicher Mitglieder des Bayerischen Landtags, Vertreter der bayerischen jüdischen Kultusgemeinden sowie etlicher Besucher und Schulklassen eröffneten Landtagspräsidentin Barbara Stamm und der Direktor der Stiftung Bayerische Gedenkstätten, MdL Karl Freller, die Foto-Ausstellung „KZ überlebt“ im Bayerischen Landtag.

Bild: dia

26 Schwarz-Weiß-Porträts von KZ-Überlebenden erinnern derzeit im Bayerischen Landtag an die Schrecken der Nazi-Herrschaft.

„Unsere Geschichte hat uns ein schweres Erbe auferlegt. Wir müssen uns an das Geschehene erinnern, damit wir die richtigen Lehren für das Jetzt und die Zukunft ziehen“, sagte Barbara Stamm als Gastgeberin der Ausstellung „KZ überlebt“, die anlässlich des 70. Jahrestags der Befreiung der bayerischen Konzentrationslager Dachau und Flossenbürg im Maximilianeum gezeigt wird. Karl Freller als Direktor der Stiftung Bayerische Gedenkstätten freute sich, anfügen zu können: „70 Jahre nach der Menschheitskatastrophe gibt es wieder ein lebendiges jüdisches Leben in Bayern.“

Das war nicht immer so: Während der NS-Diktatur wurden alle jüdischen Gemeinden vernichtet und wanderten Millionen ihrer Mitglieder und Glaubensgenossen in Konzentrationslager, wo sie der sichere Tod erwartete. „Von einer unvorstellbar großen Anzahl alter Menschen sind keine Porträts möglich, weil sie als junge ermordet wurden“, bilanzierte Freller.

> **Von vielen Alten gibt es keine Porträts, weil sie als Junge ermordet wurden**

Umso wichtiger sind die Fotoporträts jener überlebenden KZ-Häftlinge, die der Regensburger Fotograf Stefan Hanke seit 2004 angefertigt hat und nun im Kreuzgang des Steinernen Saals des Maximilianeums zeigt. In insgesamt sieben Ländern hat er dafür bislang über 120 Überlebende getroffen – dabei immer auf der Suche nach Antwort auf die Frage: „Wie erging es diesen Menschen, wie lebten sie mit dieser Last des Unfassbaren weiter?“ „Ich habe überlebt, ich wurde aber nicht gerettet“, ist die wohl treffendste und repräsentativste aller Antworten, die Hanke dabei erhalten hat. Gegeben hat sie ihm der heute in Rom lebende Shlomo Venezia, der im KZ Auschwitz-Birkenau innerhalb des sogenannten SS-Sonderkommandos die Leichen aus der Gaskammer ziehen und ihnen Prothesen und Goldzähne entnehmen musste, ehe er die Leichenberge zu verbrennen und die Gaskammern für den nächsten Transport zu reinigen hatte. Die regelmäßige Ermordung dieser Augenzeugen des Genozids durch die SS überlebte er wie durch ein Wunder – freilich schwer gezeichnet durch die Lagerzeit, körperlich am sichtbarsten durch eine sieben Jahre andauernde Tuberkulose.

Wie ihm ging es den meisten der Porträtierten: Nur weil viele von ihnen für einen Lagerdienst eingeteilt worden waren, hatten sie womöglich eine etwas größere – beziehungsweise überhaupt eine – Überlebenschance. Das Überleben ist auch dasjenige Element, das die Porträtierten miteinander verbindet. Denn ihre Biografien vor wie nach dem Holocaust fallen zum Teil komplett unterschiedlich aus. „Die NS-Unterwerfungsmaschinerie kannte weder soziale noch geografische Grenzen“, erklärte Freller bei der Ausstellungseröffnung und bezog sich damit auch auf die Absicht des Fotografen, der zuvor betonte, mit seinem Projekt zeigen zu wollen, „dass niemand sicher war vor dem Terror der Nazis“. So findet sich in der Fotogalerie auch Herzog Franz von Bayern, dessen Familie aufgrund ihrer Prominenz und ihrer reservierten Haltung gegenüber den Nazis ins Visier des Hitler-Regimes und dadurch nach Flossenbürg und Dachau geraten war.

> **Die NS-Unterwerfungsdiktatur kannte weder soziale noch geografische Grenzen**

Auch „eine Opferhierarchie werden Sie in meiner Arbeit nicht finden“, betonte Hanke für sein Projekt. Trotzdem ging es dem gelernten Fotografen „um keine sachliche Dokumentarfotografie, sondern um Interpretationen“. „Bildkomposition und Aufnahmeort reflektieren die Geschichte des Überlebenden in einem einmaligen Moment“, erklärt Hanke seine Methode. „Man fühlt sich angesehen von dem Porträtierten, von der Szene erfasst“, fasste Freller seinen persönlichen Eindruck von den Fotos zusammen.

Tatsächlich scheint jedes Foto auf seine Weise ein Mahnmal der Geschichte zu Zeiten Nazi-Deutschlands zu sein. Jeweils ein Zitat und die Kurzbiografie der Überlebenden sowie zum Teil eingesetzte persönliche Gegenstände als Fotorequisiten sprechen für sich. Im Steinernen Saal des Maximilianeums tun dies nun eine Auswahl von 26 Fotos – ein Vorgeschmack auf die über 60 Exponate, die dann im nächsten Jahr im „Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände Nürnberg“ und begleitet von einem Bildband zu sehen sein werden. **Anna Diller**

Die Ausstellung „KZ überlebt – Ein Fotoprojekt von Stefan Hanke“ ist bis 11. Mai im Kreuzgang des Steinernen Saals des Maximilianeums zu besichtigen. Zeitlich möglich ist dies von Mo bis Do von 9 Uhr bis 16 Uhr, am Fr bis 13 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Nicht nur wort-, sondern auch bildgewaltig

Franz Josef Strauß war seinerzeit bewusst wie unbewusst beliebtes Objekt der Bildmedien

München – Kaum ein bayerischer Politiker findet bis heute so sehr das öffentliche und mediale Interesse wie der ehemalige Bundesminister, CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß. Von seinen Freunden vergöttert, von seinen Gegnern verdammt polarisierte er früh. Anlässlich seines 100. Geburtstags im September zeigt nun das Stadtmuseum München in Zusammenarbeit mit der Hanns-Seidel-Stiftung eine Kabinettausstellung, die sich Strauß' Darstellung in den Bildmedien widmet. Anhand von Fotografien, Plakaten, Zeitschriften und Filmdokumenten werden Strategien der medialen (Selbst-) Darstellung wie auch der Demontage vorgeführt.

Spätestens seit 1953, als Strauß Minister für besondere Aufgaben im Bundeskabinett war, war das Interesse überregionaler wie internationaler Medien an seiner Person geweckt worden. Es entstand eine mediale Außenwirkung und -wahrnehmung, die ihn als Person des öffentlichen Lebens und Interesses klassifizierte und fortan sein gesamtes Leben hindurch bis weit über seinen Tod hinaus andauern sollte. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, wie wichtig im Umkehrschluss die Imagebildung von Politikern für den Machterwerb und Machterhalt war und ist. Viele der heute etablierten Bildstrategien der Repräsentation eines Politikers finden sich schon in den Darstellungen von Strauß; darunter klassische Rollen, wie die des Landesvaters, des „Mannes von nebenan“, die ihn in einer vorgeblich authentischen Privatsphäre zeigen, aber auch die des Visionärs und einflussreichen Staatsmanns.

Bild: Münchner Stadtmuseum / fkn

Bild: Münchner Stadtmuseum / Archiv Stefan Moses / fkn

Links: Wahlplakat „mit Strauß für Adenauer“, Ernst Litter, 1953. Rechts: Foto aus der Serie „Es muss endlich gehantelt werden“, Stefan Moses, 1964.

Die mediale Konstruktion eines Images ermöglicht andererseits aber auch dessen Dekonstruktion. Neben der Karikatur etablierte sich die Fotomontage als Mittel, kritisch zu intervenieren und Fragen aufzuwerfen. Auf witzige oder provokante, insbesondere aber auch diffamierende Weise werden dann Person und Politik dargestellt.

Eine zentrale Bedeutung kommt bei allen Darstellungen – und das zeigen die Kuratoren ebenso – gleichzeitig den gestalterischen Mitteln zu, mit denen die inhaltlichen Aussagen transportiert werden. An ihnen lassen sich Fragen der Wirkungsästhetik und politischen Ikonografie behandeln, die – exemplarisch an Strauß gezeigt – weit über die Person Strauß hinausreichen. **dia**

Die Ausstellung „Franz Josef Strauß – Die Macht der Bilder“ ist bis 2. August im Stadtmuseum München zu besichtigen. Geöffnet ist von Di bis So 10 Uhr bis 18 Uhr. Der Eintritt beträgt regulär 7 Euro, ermäßigt 3,50 Euro.

www.muenchner-stadtmuseum.de

KULTURTIPP

Neu-Ulm
Anziehung und Abgrenzung
Ben Muthofer und sein Lehrer Ernst Geitlinger,
Edwin Scharff Museum, **ab 26. April**

Bodensee
Bodenseefestival
Böhmen am See,
25. April bis 25. Mai,
bodenseefestival.de

München
Keith Haring
Gegen den Strich,
Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung,
ab 1. Mai

München
Neue Münchner Malerei / VI
Stefan Vogdt/Galerie der Moderne,
bis 30. April,
galerie-vogdt.de

Schwabach
40 Jahre Überraschungseier
Stadtmuseum im O'Brien-Park,
bis 17. Mai

Prien
Aufbruch zur modernen Kunst
Daisy Campi-Euler und Hermann Euler,
Galerie im Alten Rathaus, **ab 1. Mai**

Kämpfer für die Menschenrechte

Bundestagsabgeordnete setzen sich für Inhaftierte und Verfolgte ein

Berlin – Menschenwürde und Menschenrechte sind international vielfach bedroht und müssen verteidigt werden. Das Programm „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ (PsP) des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestages will dazu beitragen.

Rund 700 Namen von Parlamentariern, Menschenrechtlern, Journalisten und Dissidenten führt PsP in seinen Akten, die weltweit verfolgt, unterdrückt und eingesperrt werden. Mit dem gemeinsamen Antrag „Schutz von bedrohten Menschenrechtsverteidigern“ von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP hatte sich der Bundestag im Jahr 2003 fraktionsübergreifend verpflichtet, die Initiative zu unterstützen und bedrohten Parlamentariern und Menschenrechtlern beizustehen.

Einer der Parlamentarier, die an dem Programm teilnehmen, ist die Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Deutschen Bundestag, **Dagmar G. Wöhrl**. Sie hat für die Trägerin des Nürnberger Menschenrechtspreises und Mitglied von Freedom and Roam Uganda (FARUG), Kasha Jacqueline Nabagesera, eine parlamentarische Patenschaft übernommen. „Mit PsP wird ein wichtiger Beitrag geleistet, dass die notwendige Aufmerksamkeit für die zum Teil schwierige und gefährliche Situation der Betroffenen nicht nachlässt. Mit Kasha stehe ich in regelmäßigem Austausch über ihre Arbeit und ihr Engagement und welche Steine ihr hierbei in den Weg gelegt werden.“

Wöhrl und Nabagesera. Bild: Wöhrl / fkn

Die Nürnberger Abgeordnete weiter: „In den vergangenen zehn Jahren wurden mehr als 40 solcher Patenschaften übernommen, die in vielen Fällen eine entscheidende Wirkung zur Einhaltung von Menschenrechten in den jeweiligen Ländern hatten. Dass kein Parlamentarier des Deutschen Bundestages bei der Ausübung seines Mandates befürchten muss, bedroht oder sogar verhaftet zu werden, ist eine Errungenschaft unseres politischen Systems, die ausländischen Parlamentariern leider oft nicht zu Teil wird. In einigen Ländern müssen Politiker und Menschenrechtsaktivisten damit

Bernd Fabritius Bild: fkn

rechnen, verfolgt und oft sogar zu langen Gefängnisstrafen verurteilt zu werden, wenn sie offen ihre Meinung äußern. Das ist für uns absolut inakzeptabel! Deshalb habe ich mich entschlossen, eine Patenschaft für die Menschenrechtsaktivistin Kasha Jacqueline Nabagesera zu übernehmen und für sie ständige Ansprechpartnerin zu sein sowie ihr im schlimmsten Fall die Unterstützung und den Schutz der Deutschen Botschaft vor Ort zu ermöglichen.“

Der Bundestagsabgeordnete **Bernd Fabritius** hat im Rahmen dieses Programms eine Patenschaft für den in Russland inhaftierten Ukrainer Oleg Sentsov übernommen. Er erklärt dazu: „Das russische Justizverfahren gegen Oleg Sentsov ist eindeutig politisch motiviert. Der Filmregisseur war den neuen Machthabern auf der Krim unbequem, da er die Proteste auf dem Maidan unterstützte und sich mit seiner Popularität gegen die unrechtmäßige Annexion der Halbinsel durch Russland wendete.“ Fabritius fordert Russland dazu auf, internationale Menschenrechtsstandards einzuhalten, die Antifolterkonvention zu achten und Oleg Sentsov ein faires Verfahren zu gewähren. „Leider verweigerten mir die russischen Behörden bei meinem jüngsten Aufenthalt in Moskau einen Besuch Sentsovs im Gefängnis. Bereits diese Tatsache spricht für die Art und Weise, wie mit Oleg Sentsov umgegangen wird.“

Mit der Übernahme der Patenschaft für den im Iran inhaftierten prominenten Anwalt und Bürgerrechtler Abdolfattah Soltani setzt der Bundestagsabgeordnete **Michael Frieser** ein starkes Zeichen für Menschenrechte. „Das Urteil des iranischen Revolutionsgerichts gegen Abdolfattah Soltani ist empörend, rein politisch motiviert und hält keinem rechtsstaatlichen Maßstab stand.“

Soltani war am 4. März 2012 u.a. wegen „Gründung eines Zentrums zum Schutz der Menschenrechte“ zu 18 Jahren Gefängnis und anschließendem 20-jährigen Berufsverbot verurteilt worden. Laut Gerichtsverfügung hat Soltani die Haftstrafe im Borosjan-Gefängnis zu verbüßen, das 1000 Kilometer entfernt von seinen in Teheran lebenden Angehörigen liegt. Soltani ist ein Weggefährte der Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi und Mitbegründer des inzwischen verbotenen iranischen Zentrums für Menschenrechtsverteidiger. Der Vorstandssprecher der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Martin Lessenthin, hebt hervor: „Das Schicksal von Abdolfattah Soltani steht für viele Regimekritiker – es gibt hunderte wenn nicht gar tausende von politischen Gefangenen in der Islamischen Republik Iran. Viele von ihnen werden unter unmenschlichen Bedingungen gehalten – nicht selten schlimmer als Tiere. Massive physische und psychische Gewalt ist in iranischen Gefängnissen an der Tagesordnung. Eine politische Patenschaft, wie sie von Michael Frieser übernommen wurde, gibt den verfolgten Re-

Michael Frieser Bild: fkn

gimegegnern internationale Aufmerksamkeit und damit Schutz.“

Mit der Übernahme der Patenschaft für Soltanis Ehefrau Masoumeh Dehghan setzt die Bundestagsabgeordnete **Dorothee Bär** ein starkes Zeichen für Menschenrechte. „Wir tragen als Abgeordnete Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, aber auch für

Dorothee Bär Bild: fkn

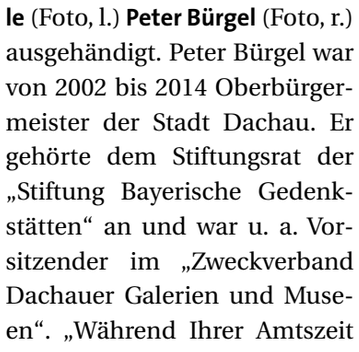
das Recht und die Freiheit von Menschen in anderen Teilen der Welt“, so Bär. Masoumeh Dehghan war am 17. November 2012 zu einem Jahr Haft sowie zu fünf Jahren Ausreiseverbot verurteilt worden, da sie zweimal in Verbindung mit dem Menschenrechtspreis der Stadt Nürnberg nach Deutschland reiste; bisher musste sie ihre Haftstrafe jedoch noch nicht antreten.

„Die Bestrafung der Soltanis zeigt den Kampf des iranischen Regimes gegen das Freiheitsstreben der eigenen Bevölkerung“, so Bär. „In der heutigen Zeit bahnt sich der Wunsch nach Freiheit immer wieder neue Wege.“

Peter Orzechowski

MENSCHEN

Das Bundesverdienstkreuz hat Bildungsminister Ludwig Spaenle (Foto, l.) **Peter Bürgel** (Foto, r.) ausgehändigt. Peter Bürgel war von 2002 bis 2014 Oberbürgermeister der Stadt Dachau. Er gehörte dem Stiftungsrat der „Stiftung Bayerische Gedenkstätten“ an und war u. a. Vorsitzender im „Zweckverband Dachauer Galerien und Museen“. „Während Ihrer Amtszeit als Oberbürgermeister haben Sie sich sehr engagiert für den verantwortungsvollen Umgang der Stadt Dachau mit ihrer Geschichte sowie für die Förderung der ehemaligen Künstlerkolonie Dachau als Stadt mit Kunst und Kultur eingesetzt“, würdigte der Minister den ehemaligen Oberbürgermeister, der 2007 zum Präsidenten von euroArt, einer Vereinigung von 80 Künstlerorten in 21 europäischen Ländern, gewählt wurde. In seinem Engagement um den Lern- und Erinnerungsort Dachau und für die deutsch-jüdische Aussöhnung, aber auch um die Kulturstadt und den Wirtschaftsstandort Dachau habe er sich große Verdienste erworben, betonte Spaenle.



Manfred Hölzlein und CSU feiern „Goldene Hochzeit“: 50 Jahre gehörte Altbezirkstagspräsident und Stadtrat **Manfred Hölzlein** (Foto, l.) dem Vorstand des CSU-Kreisverbandes Landshut-Stadt an. Zum ersten Mal wurde er 1965, an der Seite des späteren Oberbürgermeisters Josef Deimer, noch als Student zum Beisitzer der Vorstandschaft gewählt. Jetzt wurde Hölzlein, als Vorschlag des Kreisvorsitzenden **Helmut Radlmeier** (Foto, r.) einstimmig zum Ehrenmitglied. „Damit wollen wir die wertvollen und herausragenden Verdienste von Manfred Hölzlein würdigen“, so MdL Radlmeier. In ganz Niederbayern sei diese Ehrung eine exponierte Auszeichnung, die nur an ganz wenige Parteimitglieder vergeben wird.

Staatskanzleiminister Marcel Huber hat die Sieger des Landeswettbewerbs Bayern „Jugend forscht 2015“ geehrt. Huber: „Was unsere bayerischen Nachwuchsforscher auch dieses Jahr wieder auf die Beine stellen, ist wirklich beeindruckend. Den Landessiegern wünsche ich viel Erfolg beim Bundeswettbewerb in Ludwigshafen Ende Mai.“ Die Landessieger wurden durch eine Fachjury in den Kategorien Arbeitswelt, Biologie, Chemie, Geo- und Raumwissenschaften, Mathematik/ Informatik, Physik und Technik ausgewählt. Der Wettbewerb „Jugend forscht“ richtet sich an junge Menschen bis 21 Jahre, die sich besonders für Naturwissenschaften interessieren.

Absolut rein

Bayerns Bier ist das natürlichste in Europa

Bild: Bayerischer Brauerbund

München – Am 23. April jährte sich zum 499. Mal die Inkraftsetzung des Reinheitsgebotes. Die Brauereien feierten deutschlandweit den Tag des Bieres. Wie steht es um das beliebteste Getränk der Bayern? Der *Bayernkurier* fragte den Geschäftsführer der Privaten Brauereien Bayern e.V., Werner Gloßner.

Bayernkurier: Herr Gloßner, was bedeuten das Reinheitsgebot und der Tag des Bieres für die kleinen und mittelständischen Brauereien in Bayern?

Gloßner: Die Bier-Vielfalt wird in Bayern zu einem erheblichen Teil von den privaten Brauereien geprägt wird. Das Reinheitsgebot hat ein enorm positives Image, welches im Inland wie im Ausland gleichermaßen gewürdigt wird. Davon profitieren mittlerweile auch die mittelständischen Brauereien, für die der Export eine immer größere Rolle spielt.

Bayernkurier: Wie geht es dem Brauhandwerk insgesamt? Vor einigen Jahren war ja vom Brauerei-Sterben die Rede…

Gloßner: Dem Brauhandwerk geht es gut. Vor allem die regionalen Brauereien können eine positive Entwicklung aufweisen. Das belegen die Zahlen aus dem Jahr 2014: Während die bekannten Fernsehmarken im Einzelhandel mit -3,7 Prozent rückläufige Abverkaufszahlen aufwiesen, blieb der gesamte Bierabsatz stabil. Diese Entwicklung hat mehrere Gründe: Der Verbraucher setzt zum einen wieder verstärkt auf regionale Produkte. Zum anderen sucht er Authentizität und Transparenz. Gerade hier können regionale Brauereien punkten: Sie bieten individuelle Rezepturen und können ihre Rohstoffversorgung in der Praxis nachvollziehbar aufzeigen. Und der verantwortliche Bräu vor Ort ist jemand zum Anfassen und steht für seine Marke. Das stützt die wirtschaftliche Position der vielen Privatbrauereien. Brauereischließungen gibt es, etwa wegen Nachfolgeproblemen. Aber insgesamt kann von einem Brauereisterben nicht die Rede sein.

Bayernkurier: In anderen Bundesländern gibt es immer häufiger Ausnahmen vom Reinheitsgebot. Wie wird das in Bayern gehandhabt?

Gloßner: In der Tat sind die Vorschriften zum Bierbrauen, die in den sogenannten Biergesetzen und Bierverordnungen abgebildet sind, in Bayern deutlich verschärft. Steht auf einem im Freistaat hergestellten Bier „gebraut nach dem Reinheitsgebot“, so sind nur die vier Rohstoffe Wasser, Hefe, Hopfen und Malz zugelassen. Damit ist ausgeschlossen, dass Zuckercouleur zum Einfärben, Süßstoffe, Zucker oder Konservierungsmittel verwendet werden. Auch werden in Bayern keine Ausnahmegenehmigungen für besondere Biere erteilt. Das Brauen von Bieren etwa, denen Kräuter zugesetzt werden, ist in Bayern konsequent nicht erlaubt. Ein zusätzlicher Schutz ist die europaweit geschützte geografische Angabe (g.g.A.) „Bayerisches Bier“. Doppelt abgesichert ist also Bier aus Bayerns Sudkesseln absolut rein.

OP